

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1928

90 (17.4.1928)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 9 grösste Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Gelegenheitsanzeigen und Stellengesuche 8 Pfennig. Die Reklame-Millimeterzeile kostet 10 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichterfüllung des Auftrages, bei gerichtlichem Streit und bei Kontos außer Kraft tritt. O. Schütz, Druckerei, Karlsruhe, L. B. o. Schütz der Anzeigen-Annahme 8 Uhr vormittags

Beilagen: Illustrierte Wochen-Beilage „Volk und Zeit“
Die Musikfunde / Sport und Spiel / Feimat und Wandern
Sozialistisches Jungvolk / Frauenfragen - Frauenchutz

Bezugspreis monatlich 2,30 Mark o. Ohne Zustellung 2 Mark o. Durch die Post 2,40 Mark o. Einzelpreis 10 Pfennig o. Gehelnt 6 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postfachkonto 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. B., Waldstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Postfachkonto 2650 Karlsruhe, Waldstraße 22, Baden-Baden, Friedrichstraße 20; Rastatt, Friedrichstraße; Offenburg, Cappelstraße 28

Nummer 90 Karlsruhe / Dienstag, den 17. April 1928 48. Jahrgang

Bolschewistischer Zarismus

Wie Trozky deportiert wurde / Hohe Behandlung von Frau und Sohn Bolschewistische Gefängnis-Kandale

Die Arbeiterzeitung von St. Louis veröffentlicht in einer ihrer letzten Nummern einen Privatbrief über die Deportation von Trozky. Dieser Brief wurde kürzlich von dem Kommunisten E. C. C. in einer öffentlichen Versammlung in St. Louis veröffentlicht. C. C. C. hat zwei Jahre in der Sowjetrepublik gelebt und ist Verfasser einer Biographie von Trozky, sowie eines Buches mit dem Titel Marx und Lenin. Das Schreiben ist ihm von privater Seite zur Verfügung gestellt worden. In ihm heißt es u. a.:

Der Letzte, welcher deportiert wurde, war Trozky. Die Umstände bei seiner Abreise waren folgende: Man befahl ihm, sich zu halten, am 16. Januar nach Wien an der chinesischen Grenze zu Turkestan zu gehen. Die Moskauer Arbeiter, welche von seiner Abreise unterrichtet waren, versuchten sich zu verbünden, um Trozky zu verhindern. In der Nacht zum 17. Januar, am Tage vor dem für seine Abreise bestimmten Datum, erschienen zwei Agenten der Geheimpolizei im Haus mit dem Befehl, sofort abzureisen. Trozky weigerte sich, und sagte, daß das für ihn festgesetzte Datum der 18. sei. Er sagte, daß dieser Grund nicht berechtigt sei, daß er seine Bücher usw. nicht mitnehmen könne. Die Agenten drohten mit Gewalt, aber er blieb hartnäckig. Sie nahmen seinen Leibesbesitzer mit sich und verließen ihn. Seine Frau wollte sich telefonisch mit jemandem in Verbindung setzen. Sie wurde jedoch von einem Agenten am Telefon hindereingehten. Trozky's Sohn versuchte sich zu verbünden und wurde in einem Kaufmanns-Laden von den Agenten überfallen. Schließlich schleppten sie Trozky mit Gewalt aus seinem Hause, setzten ihn in ein Automobil und fuhrten mit großer Schnelligkeit nach der Station Frankfurt, 40 Meilen von Moskau. Er wurde mit zwei Soldaten als Wache

in ein Abteil gesetzt. Unterwegs wurde Trozky krank. In Samara holte man ihn in erstem Zustand aus dem Zuge und ließ Verzele kommen. Mehr wissen wir nicht, aber so trug sich alles zu.

Die Genossen der Opposition, die in Moskau eingekerkert wurden, befinden sich in entsetzlichen Verhältnissen. Die Frauen sitzen in denselben Zellen mit Verbrechern und Prostituierten, die Männer bei Spelulanten und Dieben. Sie werden schlecht ernährt und es ist ihnen nicht gestattet, irgend etwas von außerhalb zu erhalten. Man gestattet niemandem, sie zu besuchen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß einer oder der andere direkt diesem Regime zum Opfer fällt.

In dem Briefe heißt es u. a. noch: „Genau wie zur Zeit der Zarenherrschaft wird die Opposition behandelt.“

In der Tat: der Briefschreiber hat ganz recht, die Methoden, die die Bolschewisten als Machtmittel in Rußland anwenden, unterscheiden sich in keiner Weise von denen des Zarismus. Ueber die Greuelkammer in bolschewistischen Gefängnissen und Zuchthäusern hören wir ja nicht zum ersten Male, wie ja das Material auch bereits ein sehr reichhaltiges ist, das schildert, welchem Elend zum großen Teile die von den Bolschewisten in unmittelfache oder mörderische Gegend Deportierten ausgesetzt sind. Auf Befehl von Moskau freilassen und brüllen bei uns in Deutschland die Kommunisten sich heiser nach Amnelie, aber ihre Befehlshaber und soz. ligen Genossen in Rußland denken gar nicht daran, mit den politischen Gegnern, die sie gefangen legen oder deportieren, das geringste Mitleid zu üben oder sie gar zu amnestieren. Wer unsere deutschen führenden Kommunisten kennt, weiß auch, daß es ihnen bei ihrem letzten Amnestiegesuch in Reichstage gar nicht darum zu tun war, im erster Vintje jene armen und dummen Proleten aus den Gefängnissen und Zuchthäusern herauszubringen, die dort als Opfer kommunistischer Sekte und wahnwitziger kommunistischer Unternehmungen sitzen, sondern daß die führenden kommunistischen Persönlichkeiten, die der Hochverrat angeklagt sind, vor dem Staatsanwalt und dem Gefängnis bewahrt bleiben. Und um den kommunistischen Führern in Deutschland Gefängnis zu ersparen, wäre die kommunistische Fraktion gerne bereit gewesen, die gesamten Fremdenländer und ähnliche interessante nationalitische Zeitgenossen ebenfalls zu amnestieren.

Die Richtung des Krieges

Von Dr. Rudolf Breitscheid, M. d. R.

Der amerikanische Botschafter hat am Freitag dem deutschen Außenminister den Entwurf eines Paktes zur Regelung des Krieges überreicht und die deutsche Regierung um ihre Stellungnahme zu diesem Vorschlag erlucht. Ein gleicher Schritt wurde bei den Regierungen von England, Italien und Japan unternommen. Frankreich brauchte nicht unterrichtet zu werden, da zwischen ihm und den Vereinigten Staaten die ersten Verhandlungen über das Anti-Kriegsabkommen gepflogen worden sind.

Der Inhalt des Entwurfs ist in wenigen Worten zusammenzufassen: Die Vertragsschließenden verzichten feierlich im Namen ihrer Völker auf die Inanspruchnahme des Krieges zur Lösung internationaler Streitigkeiten in ihren Beziehungen zueinander und vereinbaren, daß die Regelung oder Lösung aller Konflikte nie anders als durch friedliche Mittel angestrebt werden soll.

Die Idee einer solchen Vereinbarung ist ursprünglich von dem französischen Außenminister ausgegangen, aber Briand hatte nur eine Abmachung zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich im Auge. Der amerikanische Staatssekretär Kellogg erweiterte den Plan. Er forderte die unmittelbare Mitwirkung der Staaten, an die man jetzt herangetreten ist und die Offenhaltung des Beitritts zu dem Vertrage für alle anderen Regierungen. Darauf war Frankreich nicht gefaßt. Dem Quai d'Orsay kamen Bedenken, ob sich ein solches Uebereinkommen mit den Satzungen des Völkerbundes und dem Pakt von Locarno in Einklang bringen lasse. Stärker waren wohl noch die freilich nicht ausgesprochenen Besorgnisse, ob er nicht die nahe an Bündnisse grenzenden Konventionen töre, die Frankreich mit Belgien, Polen und der Tschechoslowakei eingegangen ist.

Die französische Position war von Anfang an sehr wenig günstig, denn man konnte Herrn Briand darauf verweisen, daß die Zweifel, die er bezüglich der Vereinbarkeit mit dem Völkerbundsstatut hegte, für einen ausschließlich mit Amerika abgeschlossenen Vertrag ebenso am Platze seien wie für den, den Kellogg in Anregung brachte. Es wurde für Frankreich sehr schwierig, sich den Konsequenzen seiner eigenen Idee zu entziehen, und wenn jetzt die übrigen Staaten sich entschließen sollten, dem amerikanischen Entwurf zuzustimmen, so würde es schlechterdings nicht in der Lage sein, absteits zu bleiben.

Am sich — das muß zugestanden werden — sind die Einwände, die sich auf das Völkerbundsstatut und den Westpakt von Locarno stützen, nicht unberechtigt. Das Statut schließt, wie jeder weiß, den Krieg nicht völlig aus. Es läßt ihn zu:

1. zur Erfüllung der Garantiepflicht des Artikel 10, der den Schutz des Gebiets der Bundesmitglieder und ihrer politischen Unabhängigkeit gegen äußeren Angriff vorsieht,
2. wenn ein einstimmig beschlossener Bericht des Rates von den beiden streitenden Staaten nicht anerkannt wird,
3. wenn ein Staat die Erfüllung einer ihm durch einstimmigen Ratsbeschluss auferlegten Pflicht ablehnt,
4. wenn der Bericht des Rates nicht einstimmig beschlossen worden ist,
5. wenn er nicht innerhalb von sechs Monaten zustande gekommen ist. Was den Locarnovertrag angeht, so findet die Bestimmung, nach der sich Deutschland, Belgien und Frankreich gegenseitig verpflichten, in keinem Fall zum Kriege gegeneinander zu schreiten, keine Anwendung, wenn es sich um eine Verletzung dieser Verpflichtung oder um einen offenkundigen Vorstoß gegen die Entmilitarisierungsvorschriften des Versailler Vertrages handelt.

Nun ist es zwar den Staaten unbenommen, durch Spezialverträge über das in der Völkerbundschartung gegebene Maß hinaus den Krieg als Werkzeug ihrer Politik auszuschalten, aber es bleiben doch unter allen Umständen Schwierigkeiten bestehen, und solange nicht eine sicherlich sehr wünschenswerte Änderung des Völkerbundsstatutes vorgenommen wird, muß mit großer Sorgfalt darauf geachtet werden, daß sich die Klausel des Antikriegspaktes mit den Verpflichtungen, die die Bundesmitglieder allgemein und durch die beim Sekretariat eingetragenen und dadurch rechtsverbindlich gewordenen Verträge eingegangen sind, in Uebereinstimmung befinden. Aber noch wichtiger sind einige andere Fragen, die sich ganz besonders auf die Vereinigten Staaten beziehen.

Die Vereinigten Staaten gehören dem Völkerbund nicht an. Sie sind nun bereit, den Apparat, den dieser zur friedlichen Lösung internationaler Streitfragen aufgestellt hat, anzuerkennen und zu benutzen? Mit der Aetzung des Krieges ist es nicht getan. Konflikte können und werden trotzdem entstehen. Sie müssen nach einem bestimmten System aus der Welt geschafft werden. Gewiß hat auch die Washingtoner Regierung Schiedsverträge abgeschlossen, aber sie sind einseitig und noch sehr zurückhaltend und mit mancherlei recht bedenklichen einschränkenden Vorbehalten versehen. Das amerikanische Angebot würde vollen Wert erst erhalten, wenn es verbunden wäre mit der ausdrücklichen Verpflichtung, die friedliche Erledigung aller Streitigkeiten auf den Wegen zu suchen, die von dem Völkerbundsstatut, dem Statut des Internationalen Gerichtshofs und darüber hinaus von einzelnen Schiedsgerichtsverträgen zwischen europäischen Staaten vorgezeichnet sind. Weiter wäre erforderlich, eine alle Zweifel zerstreue Auslegung dessen, was man in Washington unter der

Lohnkampf und Machtkampf

Was sich das Reichsarbeitsministerium leistet Arbeiter! Mehr politische Macht, sonst Sieg der Sozialreaktion

Ein Schulbeispiel für die Bedeutung des Einflusses politischer Parteien auf die Gestaltung der Lohnpolitik ist der jenseits durch das Reichsarbeitsministerium der Provinz Sachsen beantragte Kampf des mitteldeutschen Eisenbergwerkes. Dieser Kampf hat wieder einmal überaus deutlich, daß die Arbeiterkraft in der Lage ist, auf sich allein angewiesen ist und von keiner Seite Hilfe zu erwarten hat. Der Schlichter der Provinz Sachsen hat einen jammervollen Schiedsspruch gefällt, wonach den Arbeitnehmern wohl eine Erhöhung von 4 Pfennig zufallen, den Arbeitgebern aber überhaupt nichts gegeben werden sollte. Dieser Schiedsspruch ist ein Beispiel für die Art und Weise, wie die Arbeiter über den Schiedsspruch ab und angingen zum Kampf über. In Hannover, Leber, Calbe, Halle, Gera und Magdeburg kam es zum Ausstand, der sieben volle Wochen dauerte. Die Unternehmer beantragten die Beibehaltung des Schiedsspruchs. Das Reichsarbeitsministerium lehnte zwar diesen Schiedsspruch ab, aber in der Begründung, die es dieser Ablehnung beilegte, nahm es in einer geradezu unaufrichtigen und zum Teil schamlos unwilligen Weise an die Arbeiter Stellung.

Nach dem Schiedsspruch, so heißt es in der Begründung, hat der Arbeiter Lohn für Steinleber von 1,39 M auf 1,43 M pro Woche erhöht werden. Eine soziale Notwendigkeit, diese Lohnsteigerung im Wege staatlichen Zwanges festzusetzen, kann nicht anerkannt werden.

Auch das Stilllegen des Steinbergwerkes in den Wintermonaten vermag nicht zu begründen, da die aus dem Saisoncharakter der Arbeit für die Arbeitnehmer sich ergebenden Nachschwierigkeiten durch die Regelung der Arbeitslosenversicherung in demselben Grade ausgeglichen sind. Ferner muß berücksichtigt werden, daß die Straßenbauten zum großen Teil mit öffentlichen Mitteln und als Kolonialarbeiten ausgeführt werden. Schon die Berücksichtigung der Höhe im Steinbergwerk stellt an die öffentlichen Finanzen starke Anforderungen. Ihre weitere Steigerung

müßte zu einer vorzeitigen Erschöpfung der vorhandenen Mittel führen und die völlige Durchführung der geplanten Arbeiten in Frage stellen. Unter Umständen könnte sogar eine Sperrung der öffentlichen Mittel mit allen für die Allgemeinheit und die beteiligten Arbeitnehmer sich daraus ergebenden unermesslichen Folgen in Frage kommen.“

Das Reichsarbeitsministerium kritisierte also die Lohnforderungen in Grund und Boden. Kein Wunder, wenn daraufhin die Unternehmer alle Bauverwaltungen in Mitteldeutschland — die Reichs- und die Provinzialverwaltungen — bestärkten und natürlich auch Entgegenkommen fanden. Projektirte Arbeiten wurden zurückgestellt, in Ausführung stehende Arbeiten wurden stillgelegt oder von einem Heer von Verdingungen ausgeführt. Landarbeiter wurden den aus Westfalen herangeschickten Arbeitsmilitärs als Schutz zur Verfügung gestellt, Arbeitsämter, wie Halle, übten durch Entziehung von Arbeitslosenunterstützung auf die arbeitslosen Steinleber, die sich nicht zu Streikbrecherarbeit mißbrauchen lassen wollten, Zwang und Druck aus. Eine allgemeine Ausperrung wurde schließlich im mitteldeutschen Kampfgebiet von den Unternehmern am 4. April verfügt und nur das Eingreifen des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, der den Kammerpräsidenten des Schlichters etwas verbesserte, verhinderte eine Zuspitzung des Konflikts.

Diese Vorgänge müssen nicht nur den Steinlebern, sondern jedem Arbeiter die Augen öffnen. Sie zeigen, daß es bei den kommenden Wahlen gilt, mit aller Kraft in den Parlamenten den Arbeitereinfluss auf die politische Verwaltung zu stärken. Ohne Einfluss werden die Arbeiter immer wieder in ihren Arbeitsstätten entweder von den Behörden im Stich gelassen oder sogar von hinten angefallen. Je kräftiger der Vorstoß der Arbeiter bei den Wahlen, desto meniaer Dolchstöße bei den Lohnbestimmungen.

Derurteilte nationalitische Kaufbolde

Das große Berliner Schöffengericht hat am Montag das Urteil über die Kaufbolde von Lichterfelde verkündet. Es wird verurteilt, die Kaufbolde zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis und Polzien zu verurteilen wegen Gefährdung wegen schweren Hausfriedensbruchs, Vergehen wegen einfachen Landfriedensbruchs zu 6 Monaten Gefängnis, 10 Monaten Gefängnis. Mielowis und Grünemann wurden ebenfalls verurteilt. Schäter wird die Unteruchungsbahnt angedehnet. Bei der Begründung des Urteils wurde ausdrücklich das ungenügende Interesse der Nationalitischen erwähnt. Schäter wurde sich dank während der Urteilsbegründung einen geringfügig

gen Schnitt am Handgelenk bei. Später begann er mit Händen und Füßen um sich zu schlagen, tods er von Schundbeamten festgehalten werden mußte.

Um die Neugliederung des Reichs

Der Ausschuss für Verfassungs- und Verwaltungsreform tritt am 4. Mai zusammen. Baden läßt sich durch Staatspräsident Kemme vertreten.

Völkerbunds-Kommission im Szent Gotthard

Im Szent Gotthard weilt im Zusammenhang mit den Besprechungen eine Völkerbunds-Kommission und beschäftigt den noch vorhandenen Inhalt der Waggons.

Monroe-Doktrin versteht. Die Sicherheit muß gegeben sein, daß, wenn die süd- und mittelamerikanischen Staaten der Achtung des Krieges beistimmen, sich die Vereinigten Staaten nicht trotzdem beispielsweise zu einer bewaffneten Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Nicaragua für berechtigt halten. Endlich aber muß man sich auch darüber im Klaren sein, was geschehen soll, wenn sich ein Staat, der den Kellogg-Vertrag unterzeichnet hat, weigert, einem einstimmigen Ratsbeschlusse Folge zu leisten oder gar trotz aller eingegangenen Verpflichtungen zum Kriege schreitet. Sind die Vereinigten Staaten in diesem Fall bereit, an der Anwendung der in der Völkervereinbarung vorgesehenen Repressalien mitzuwirken?

All diese Fragen erheischen Antwort. Aber auch solange sie noch nicht erteilt ist, haben wir allen Grund, die Verhandlungen, die jetzt angeknüpft sind, mit Genugtuung zu begrüßen. Deutschland wird nicht umhin können, dem Grundsatze des Entwurfs rückhaltlos zuzustimmen, und wenn die deutschen nationalen Vertreter im Auswärtigen Ausschusse vor einigen Wochen den amerikanischen Vorschlag lebhaft begrüßt hat, jetzt von „zweipäktigen Empfindungen“ redet, so läßt sie sich auch dabei in der Hauptsache von dem Bestreben leiten, Material für ihre agitatorische Behauptung zu finden, daß die deutsche auswärtige Politik, weil sie von den Ideen der Linken beeinflusst sei, von Enttäuschung zu Enttäuschung führe. Die Deutschen sind in einer doppelt peinlichen Lage, da sie den Pazifismus zwar bekämpfen, aber es doch nicht wagen dürfen, den amerikanischen Vorschlag offen abzulehnen. Sie sprechen von der Notwendigkeit der Abrüstung und von der Revision der Friedensverträge. Niemand fordert energischer als wir die Erfüllung der den Nationen gegebenen Entwaffnungsversprechungen, niemand bringt entschwiebener als wir auf die völkerverbündliche Festlegung eines Rechtsprinzips, nach dem Verträge abgeändert werden können. Aber so wichtig diese Dinge sind, sie können und dürfen uns nicht vergessen machen, daß die Menschheit einen großen Schritt vorwärts kommen würde, wenn ihre Machthaber sich zu dem Grundsatze der Achtung des Krieges und der Lösung aller Streitigkeiten durch friedliche Mittel bekennen würden.

Zentrum und Dr. Wirth

Die badische Zentrumspartei hat an die ihrer Parteimitglieder, die rednerisch in den Organisationen und auch sonst tätig sind, wie an die Vertrauensleute eine Redebroschüre über den „Fall Wirth“ herausgegeben. In der Disposition wird Wirths Tätigkeit nicht nur auf politischem Gebiete, sondern auch sonst behandelt. In raffiniertester Weise, die von großer Erfahrung in der Anwendung solcher innerparteilicher Kampfmittel zeugt, ist alles erwohnen, was in Versammlungen gegen das badische Zentrum wegen der Behandlung Dr. Wirths gesagt werden könnte. Man kann geradezu von einer Art Katechismus sprechen.

In diesem Zusammenhange sei mitgeteilt, daß in der heutigen Ausgabe des Badischen Beobachters zugegeben wird, daß der katholische Klerus Einpruch gegen die Reichstagskandidatur Dr. Wirths im Kreis Berlin-Tollow erhoben hat. Wir haben in unserer Samstagausgabe diesen Vorgang bereits behandelt, der erneut beweist, in wieweit hohem Maße katholische Geistliche bei Wahlen beeinflussend eingreifen und tätig sind. Der B.B. behauptet, daß fortgesetzt Indispositionen aus der Zentrumspartei heraus anlässlich des Konflikts Zentrum contra Wirth erfolgen. Uns ist für diese Tatsache, die gewiß für das Zentrum außerordentlich ärgerlich ist, die Erklärung gegeben worden, daß es, wie gegenwärtig auch die Dinge im Zentrum liegen, nur mit Hilfe der Öffentlichkeit möglich sei, gewissermaßen frische Luft in den Zentrumsturm hinein gelangen zu lassen.

Sämisch in Stuttgart

Aus Stuttgart wird mitgeteilt, daß der Reichskommissar Sämisch, um dessen Entsendung nach Stuttgart die württembergische Regierung schon vor einiger Zeit gebeten hatte, am 17. April in Stuttgart eintreffen wird.

Vorwürfe Litwinows gegen Präsident Loubon

Das Völkerverbandssekretariat gibt soeben einen Briefwechsel bekannt, der im Anschluß an die letzte Tagung des Vorbereitungsausschusses für die Abrüstungskonferenz zwischen dem ersten Sowjetbotschafter Litwinow und dem Präsidenten des Ausschusses, Loubon, erfolgte, worin Litwinow äußert, Loubon sei gegen Rußland nicht unparteiisch gewesen.

Jud Süß

Roman von Lion Feuchtwanger
Copyright by Drei Masken Verlag A.G. München.
(Nachdruck verboten.)

45 (Fortsetzung.)
Weihensee war aus seiner tiefen Verwirrung und Ratlosigkeit aufgetaucht, schnupperte an Süß herum. Hier gar etwas herauf, in diesem ungeheuren, maßlosen Mann, der anders war als alle andern, schwebte etwas gar, eine grandiose, prächtige, tausendfarbige Katastrophe. Der war nicht wie er, der war nicht der Mann, sich zu krümmen und Kitzelbalcken. Vollständig schon in der Erwartung noch der Konfessionaltat den Schwefelgeruch des Ausbruchs, und nur die Eier, ihn mitzuerleben, hielt den Ausgebühten aufrecht.

Und des Süß herausfordernder Übermut wuchs. Er gab sich offen wie der Herr des Landes, scheute keine Grenze.
In diese Zeit fiel auch die Affäre des jungen Michael Koppenhöfer. Dieser Fall lag so:

Nach zweijähriger Studienreise durch Flandern, Frankreich, England, war der junge Mensch, Neffe des Professors Johann Daniel Harpprecht, verwandt auch mit Philipp Heinrich von Weihensee, in die schwäbische Heimat zurückgekehrt, um als Aktuar in herzoglich württembergischen Dienst zu treten. Sehr groß, bräunliche, läbliche Wangen, starke blaue Augen unter dunklen Haaren, sah der Dreißendwanzigjährige aus wie ein Bruder Magdalen Sibylens. Der Jüngling hatte von seiner Reise stürmische Ideen mitgebracht von menschlicher Freiheit und menschlicher Verantwortung, einen wilden Haß gegen jede Despotie; alle die jungen, mächtig arünen, reinen Gedanken neuen, besseren Staatsgefüges, einer gerechteren, humaneren Ordnung drängten ihn mit Schuß und Saft und Ueberflut, lösterten dem jungen, schlüßenden Menschen fast die Brust.

Er wohnte bei Harpprecht. Der alternde Herr, dem die Frau nach einer Ehe von wenigen Monaten in sehr jungen Jahren gestorben war, hatte den Neffen großgeliebt, er hatte ihn die zwei Jahre im Ausland bitter vermisst, er warf ihm alle seine wortarme, herbe Liebe auf den Jüngling.

Michael Koppenhöfer war durch seine Reife doppelt stolz geworden auf die vor den anderen deutschen Staatsverträgen freiheit-

Diehische Mordtaten völkischer „Helden“

Stettin, 16. April. (Fig. Drabt.) Vor dem Schwurgericht in Stettin begann die Verhandlung im Rosenfelder Mordmordprozess. Angeklagt ist der frühere Leutnant Edmund Heines aus München, der frühere Feldwebel, Kraftwagenführer Karl Ottow aus Kritten, Kreis Schwane, und der Gelegenheitsarbeiter Ewald Fräbel aus Seese bei Hannover. Sie werden beschuldigt, im Sommer 1920 gemeinschaftlich den früheren Angehörigen der Organisation Rothbach, Willi Schmidt, vorfälschlich getötet und die Tötung mit Ueberlegung ausgeführt zu haben. Der Kutscher Kurt Bär aus Chemnitz, der Landarbeiter Bogt aus Jolefin, Kreis Lublin, der Arbeiter Max Krüger aus Stolz, der Administrator Ernst Bergfeld aus Friedenthal, Kreis Demmin, und Bandener, sind angeklagt, bei dem Verbrechen mit Rat und Tat Beihilfe geleistet zu haben.

Den Vorsitz führte Landgerichtsdirektor Sirischberg. Die Verteidigung haben die Rechtsanwältin Graf v. d. Goltz, Goltz, Meyer, Hofer, Münch, Reebel, Bloch und Johann. Sämtliche Angeklagte, außer Bergfeld, sind ehemalige Angehörige der Arbeitsgemeinschaft Rothbach und noch jüngere Leute von ihnen erschienen im Hinterbunde, auch der gleichzeitige Verdacht des Aufstandes in Ostpreußen, Krüger, Ottow, hat die Brust mit auffallend großen Ordensbändern dekoriert.

Die Aussagen der Angeklagten Bergfeld und Fräbel geben ein grauenhaftes Bild von der Ermordung des unglücklichen Gemeindeführers. Heines, Ottow und Bandener kamen nachts mit Schmidt in Liebenow im Rothbacher Quartier an. Bär und Fräbel wurden geweckt, worauf Bär beauftragt wurde, eine Schaufel zu holen, und Fräbel eine Pistole zu sich zu nehmen. Nun ging es in den Wald. Unterwegs schloß sich Bär, der sich mit einer Schaufel hinter einem Baum verborgen hielt, dem Zug als letzter an. Ottow schlug sich seitwärts in die Büsche und drückte dem Bär beim Vorbeigehen des Zusas eine Pistole in die Hand, mit der Aufforderung, Schmidt hinterwärts zu erschießen.

Karl Marx-Ehrung

Das Geburtshaus von Karl Marx von der Sozialdemokratie erworben

Das in Trier in der Brüdenstraße 91 gelegene Haus, in dem am 5. Mai 1818 Karl Marx als Sohn des Advokaten Heinrich Marx geboren wurde, ist, wie der Vorwärts meldet, im Auftrag des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei durch die Konzentration A.G. erworben worden. Das Haus wird von der Sozialdemokratischen Partei als Erinnerungsstätte erhalten und gepflegt werden.

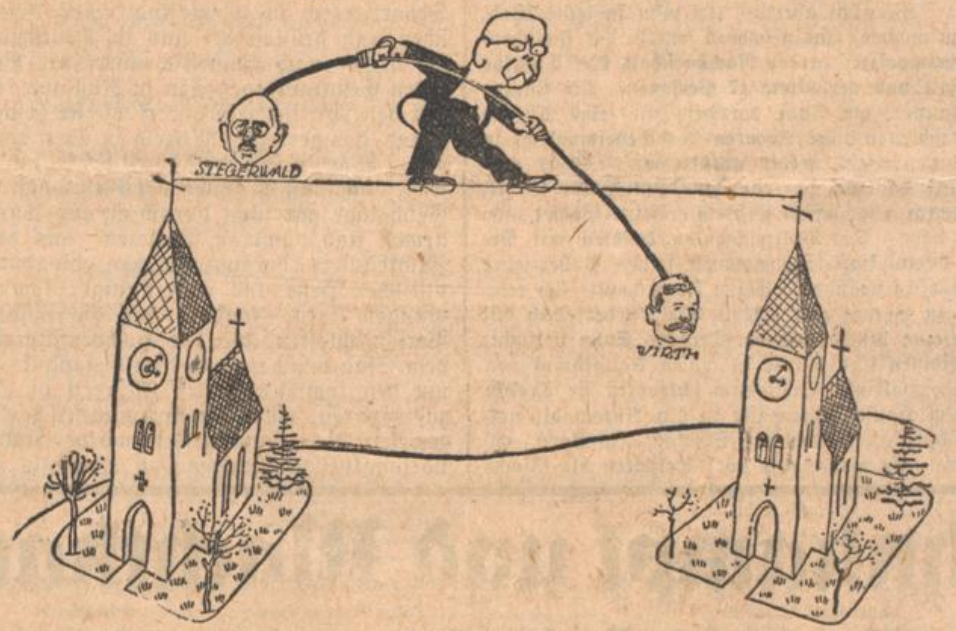
Austritte aus der Konservativen Partei

Nach dem Grafen von Starb hat nun auch der Führer „Bismarckjugend“ der Deutschen Nationalen Volkspartei der Sieveking, seinen Austritt aus der Deutsch-Konservativen Partei erklärt, die jetzt für die Wälfischen eintritt.

Autorenkongress

In Berlin wurde in Anwesenheit von Vertretern der Presse und Staatsbehörden, sowie der ausländischen Botschaften und Konsulate der dritte internationale Autorenkongress eröffnet.

Marx Zentrumsparole.



liche Verfassung seiner Heimat. Wohl hatte er immer gewußt um die militärische Autokratie des Herzogs, die jesuitische des Würzburger, die ökonomische des Juden. Aber ein anderes war es, in Briefen und Broschüren davon zu lesen, ein anderes, mitteninne zu stehen, die treue Unterdrückung, die nackte höhnende Gewalt mit Augen zu schauen, mit Händen zu greifen. Der junge Mann sah den Stellen- und Kettnerhandel, den Schacher mit der Gerechtigkeit, die Ausquetschung des Volkes. Verblümt und ausgebaugt die Scherikins von Urach, außer Landes getrieben sein junger, vor allem begabter Vetter und Freund Friedrich Christoph Koppenhöfer, in Verzweiflung und Tod gelangt der Hauptkollor Wolff, der Kammerdirektor Gerotai. Ausgelangt und zerfressen das reiche, schöne, gesegnete Land, zu den Föhnen gerührt Tausende, in Lumpen und Dünner Bekleidende, zerlötter an Leib und Gewissen Hunderttausende. In Kollerei und Unruhm sich blühend ein schrankenloser Hof, in bunten Uniformen streck sich preisend die Gewalt, böhnliche Rabulistik über die klare, edle Verfassung gittia triumphiert. Zerwuchert die Verwaltung, zerbrut die Justiz, die Freiheit, die Liebe, gewöhnliche Freiheit ein Spott und Lumpen, mit dem der Herzog, der Jesuit und der Jud sich den Hintern wischen.

Eine heilige, freßende Empörung füllte den Jüngling an, füllte ihn ganz, spannte männlicher sein kühnes, braunes Gesicht, entsündete dringlicher die starke Bläue seiner Augen. Oh, seine schlante, junge Verebamskeit! Oh, sein adliges Zünnen und Sich-bäumen! Der zehrende Gram über die Fäulnis der Heimat hatte den alten Johann Daniel Harpprecht doch gar geschüttelt und zerhöht. Jetzt hing der feste, gerade Mann seine ganz Hoffnung an den Jungen, und die trockenen Abende des Einlamen wurden grün und blühend durch seine frische, ranke Gegenwart.

Dem Süß war der Aktuarus immer unpopulär gewesen. Ihn hatte der hohe Wuchs des jungen Menschen, seine straffe, edige Stattlichkeit, an der gleichwohl nichts Tölpisches, Bäurisches war, von je geärgert. Auch die offensichtliche Ehrlichkeit der politischen Ueberzeugung hatte ihn verstimmt. Hinter politischer Opposition sah gemeinhin der eigene Vorteil; wenn der nicht, dann mangelnde Begabung. Daß der Junge sich zur Demokratie seines berühmten Oheims bekannte, wäre nicht weiter verwunderlich gewesen; aber daß der Bewegliche, mit allen guten, dem Aufstieg förderlichen Gaben Bedachte durch so wildes Feuer gegen die herrschende Richtung keine Karriere gefährdete, war Beweis, daß immer noch politische Ueberzeugung an sich im Lande war, und als solcher verstimmend. Immerhin hatte Süß in der Praxis das junge Ungefümm des Aktuarus Michael Koppenhöfer so wenig gefürchtet wie das

toutinierte Pathos des Publizisten Mojer, er hatte, vor dem Schicksal voraus, den wie jenen unbedeutend gelassen, und der Beamten der rebellantigen Stimmung war nicht durch die letzte Seite geahndet worden.

Jetzt nach Hirsau, entsündete sich finster das Feuer des gittigen Mannes an der ungebrochenen freibühnen und der Kühnheit des Jünglings. Den dunklen Blick richtete er auf die dunkle, vielerlich bösartig am Spruna. Bei der Unvorsichtigkeit der jungen Menschen fand sich sehr bald ein Grund, ihn hart zu strafen zu vernormen.

Der alte Johann Daniel Harpprecht hatte solche Komplikation längst vorausgesehen; doch er brachte es nicht über sich, das Glück Michaels zu dämpfen. Es war das gute Recht der Väter, ankunft zu sein, sich auf Verbohenes zu stützen, um es gerade zu machen, auch wenn der Arm daran erlahmen mußte. Aber schnürte ihm die Brust, drehte ihm den Atem, lies ihm bitter Reche herauf, wenn er dachte, daß seine müden Abende allein sein sollten, ohne den wärmenden Schein des Jünglings. merkin hoffte er, sein, des Harpprecht, großes Ansehen werde Süß hindern, stärker gegen den Michael vorzugehen.

In dem Glend des Vaterlandes, in der wüsten Verlorenheit ringsumher sah der Aktuarus Michael Koppenhöfer ein großes und arttes Licht. Das war die Demoselle Elisabeth Salomea Göhlin, die Tochter. Ihre blonde, pastellfarbene Lieblichkeit war wie sie den Nachstellungen Karl Alexanders sanft, aber beharrlich sich weigerte, erschien sie ihm als Symbol der menschlichen Freiheit. Die Bilder schwammen ihm eines ins andere, und er dachte von der lieblichen Freiheit und der holden Demoselle Elisabeth Salomea Göhlin in der gleichen Terminologie.

Jetzt glaubte Süß auch auf Harpprecht keine Rücksicht mehr nehmen zu müssen. Der junge Michael Koppenhöfer wurde, weil trotz der Verwarnung weiterhin die Ehrfurcht gegen den Väter außer acht gelassen und unheimliche, gottlose und lästerliche Reden gegen ihn geführt habe, seines Amtes entsetzt. Aus demselben Grund und Gnaden wurde von einem Kriminalverfahren gegen ihn abgesehen. Doch hatte er binnen vierzehn Tagen das Land zu verlassen und wurde auf Leibeiten seiner Grenzen vertrieben.

Dies war immer am Horizont gestanden. Aber wie es nun war es doch unerwartet und warf den alten Harpprecht um, nur allein und fast in dem großen, leeren Zimmer sitzen, nur die Bücher und Pergamenten; und die einzelne Kumpandei auf den Schatten in dem Raum außerhalb des Lampenlichtes. Sie blühten

Der Stand der Bremen

Die Ersatzteile unterwegs

W. B. Curtissfeld, 16. April. Hertha und Erhard Jankers und der Pilot Melchior sind mit „S 13“ um 2.15 Uhr nach Montreal gestartet. Die von der „Bremen“ benötigten Ersatzteile sollen in Montreal oder Quebec von „S 13“ abmontiert und mit einem mit Schneefahnen versehenen Flugzeug nach Greenly Island gebracht werden. „S 13“ wird abwechselnd von Fr. Jankers und Melchior gefeuert.

Fitz Maurice abgeflogen

Neuvors, 16. April. Schiller und Fitz Maurice haben heute vormittag Greenly Island verlassen. Nach Meldungen aus Montreal hat Fitz Maurice Greenly Island verlassen, um persönlich in Montreal den Ersatzpropeller in Empfang zu nehmen und nach Greenly Island zu bringen. Quebec, 16. April. Fitz Maurice landete heute nachmittags 3.30 Uhr in Katastwan an der Nordküste des St. Lorenz-Golfes. W. B. Neuvors, 16. April. Von anscheinend unterrichteter Seite wird erklärt: Nach den bisher vorliegenden Nachrichten werden die „Bremen“-Räuger hier zusammen eintreffen. Nach einer Meldung aus Quebec bleiben Fitz Maurice und Schiller in Katastwan über Nacht. Katastwan ist 320 Kilometer von Greenly Island entfernt.

Eine Geldsendung für die „Bremen“

Wie aus Murraybay gemeldet wird, hat das Flugzeug, das in Stornes nach Greenly Island gestartet ist, 500 Dollar vom Norddeutschen Lloyd mitgenommen.

Mitteilungen vom Ozeanflug

Diplomingenieur Schünzinger von den Junkerswerken, der in Badonnell die technischen Vorbereitungen für den Start der „Bremen“ geleitet hatte, machte am Montag in Berlin vor Vertretern der Presse noch einige nähere Mitteilungen zum Ozeanflug. Danach hatte die „Bremen“ ein Gesamtfluggewicht von 3685 Kilo. Das Gesamtgewicht der Maschine betrug 1350 Kilo, dazu kamen 1932 Kilo Benzin, 135 Kilo Öl, ferner das Gewicht der Besatzung mit 250 Kilo und Proviant usw. mit 18 Kilo. Der Flugradius betrug 8500 Kilometer. Unter den Faktoren, die das Unternehmen trotzdem zum Gelingen führten, spricht das Vertrauen der Flieger in die Maschine und die bis ins kleinste gehende Vorbereitung eine erhebliche Rolle. Zur Navigation dienten Hauptmann Köhl 3 Kompass, ferner die Stellung der Sonne und die Gestirne. Die Hauptschwierigkeit war die Wetterfrage, weil es schwer ist, für eine so lange Zeit sichere Voraussetzungen zu geben. Hauptmann Köhl hat übrigens die Absicht, über die Erfahrungen des Fluges genaue Darlegungen zu geben.

Die Republik mußte kommen

Im Regensburger Anzeiger, einem Blatt der Bayerischen Volkspartei, schreibt ein Oberst a. D. Zeiß: „Eine Monarchie, die so ruhmlos vom Schauplatz der Geschichte verschwunden ist, wie die deutsche, die unter der großen Zahl der ihr durch Treueid Verpflichteten keinen todesmutigen Verteidiger finden konnte, weil Mannhaftigkeit und Wahrheitsliebe nicht hofmäßig waren, wird keine Auferstehung feiern. Durch die wehrlose Flucht, durch das widerstandslose Sichhinstellen der deutschen Monarchie ist die deutsche Republik notwendig geworden und deshalb besteht sie zu Recht, nicht wegen der vom Standpunkt der Gerechtigkeit, der Kultur und der Vernunft verboten angesehenen, aber trotzdem spielend gelungenen Revolution. Jeder Volks- und Vaterlandsfreund muß sich nach der von den Bayern nicht verstandenen Revolution auf den Boden der Tausche „Republik“ stellen.“

Mitbestifter des Regensburger Anzeiger ist der — bayerische Ministerpräsident Held.

Freistaat Baden

Wer lügt?

Im Anschluß an die merkwürdige Wiedereinstellung des großen nationalsozialistischen „Pädagogen“ Lenz in den badischen Schuldienst erwähnten wir auch die besonderen Bemühungen des demokratischen Abg. Dietrich um die Wiedereinstellung dieser Leuchte nationalsozialistischen Geistes. Nun will anscheinend die nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei Badens dieses Wohlwollen des Abg. Dietrich für Herrn Lenz nicht wahr haben; denn in einer uns unter Bezugnahme auf § 11 des Preßgesetzes zugegangenen Berichtigung wird erklärt:

„Es ist nicht wahr, daß jemals von Seiten des demokratischen Abg. Dietrich für die Wiedereinstellung des Lehrers Lenz oder bei anderer Gelegenheit beim Kultusministerium Forderungen eingeleitet wurde.“

„Was ist vielmehr, daß Lenz niemals mit dem demokratischen Abgeordneten Dietrich in Verbindung stand, ihn wiewohl weder angeht, noch angeht, noch angeht in Briefwechsel mit ihm stand.“

Karl Lenz.“



Ein neues Ebert-Denkmal. In Bad Grund im Harz wurde kürzlich ein neues Ebert-Denkmal enthüllt. Das Denkmal trägt die Aufschrift: „Des Volkes Wohl ist meiner Arbeit Ziel.“

Im Widerspruch zu dieser „Berichtigung“ wird jedoch in den Redrupen nationalsozialistischen Glaubens und Wollens, Der Führer vom 24. März 1928 im Anschluß an die Wiedereinstellung des Lehrers Lenz wörtlich erklärt:

„daß der Abgeordnete Dietrich für ihn eintrat.“

Wer lügt nun: der „berichtigende“ Herr Karl Lenz oder sein nationalsozialistisches Verborgan Der Führer?

Die Einstufung der Beamtenschaft

Aus dem Landtag wird uns geschrieben:

Der Personalanhang zum Staatsvoranschlag ist erlassen und den Mitgliedern des bad. Landtages zugeleitet worden. Er ist ziemlich umfangreich und übertrifft nach dieser Richtung hin sogar den Staatsvoranschlag selbst. Verbunden mit ihm ist auch eine Darstellung des Besoldungsmehraufwands für die Zeit vom 1. Oktober 1927 bis 31. März 1928. Der Nichtbeamte wird sich fragen, warum denn nach der Fertigstellung der Besoldungsordnung die Gehaltsregulierung der Beamten aufs neue aufgemorren wird? Die Dinge liegen aber so, daß nach Verabschiedung der Besoldungsordnung Regierung und Landtag darüber zu entscheiden haben, wie die einzelnen Beamten einestuft werden. Darnach richten sich auch ihre Gehaltsverhältnisse.

Bemerkenswert ist die Bestimmung des Mehraufwandes für die badische Besoldungsordnung; sie war bekanntlich auf 16,5 Millionen Mark geschätzt. Nach dem Personalanhang betragen aber diese Ausgaben 18 378 400 M., somit ein Mehr von 1 878 400 M. Nachdem der Landtag die Besoldungsordnung verabschiedet hat, wird er auch den Mehraufwand bewilligen müssen, denn auch im Reich ist man über den im Dezember vorigen Jahres geschätzten Betrag weitlich hinausgekommen. Im Reich hat man jetzt eine Mehrausgabe von rund 43 Millionen Mark errechnet, in Baden, wie schon bemerkt, 1 878 400 M. Dabei kann von einer Vermehrung der Beamten nicht gesprochen werden; es sind sogar 156 Beamte weniger als bisher. Bei den Überplanmäßigen kommen allerdings 60 dazu, so daß mit einer Gesamtverminderung von 96 Beamten zu rechnen ist. Bekanntlich darf nach den Beschlüssen des Landtags jede dritte freigeordnete Stelle nicht mehr besetzt werden, so daß ganz automatisch eine fünftägige Verminderung der Beamten eintritt.

Mit dem Personalanhang wird sich der Haushaltsausschuß zunächst beschäftigen, dann ist er im Plenum zu verabschieden, und dann erst ist das ganze Werk der Besoldungsreform fertig. Es liegt wohl allen Parteien daran, daß diese Verabschiedung noch vor dem eigentlichen Beginn der Wahlbewegung erfolgt, denn der Landtag muß einige Wochen vor dem 20. Mai geschlossen werden, weil die meisten Abgeordneten sich bei der Abhaltung von Wahlveranstaltungen zu betätigen haben.

Auf Einzelheiten des Personalanhangs kann man erst eingehen, wenn positive Ergebnisse der Beratungen im Haushaltsausschuß vorliegen. Bekanntlich hat der Landtag die Besoldungsreform mit großer Mehrheit angenommen (nur einige Landtagsabgeordnete und Kommunisten stimmten dagegen) und ähnlich wird er auch bei dem jetzigen Personalanhang handeln müssen.

Verwaltungsänderung im Bezirk Kehl. Am 15. April werden in Volkau der Entlassung des Staatsministers vom 13. Dezember 1927 die Gemeinden Altenheim, Griesheim, Marlen und Müllen, die seit der Besetzung des Brückentores Kehl anfangs des Jahres 1919 dem Amtsbezirk Offenburg abgetreten und Kehl zugegliedert waren, wieder unter die Verwaltung des Bezirksamtes Offenburg zurückzuführen. Die mit der Besetzung zusammenhängenden Angelegenheiten werden für diese vier Gemeinden nach wie vor vom Bezirksamt Kehl entsandenen. Die Bestimmungen des Besoldungsrechtes behalten auch weiterhin für die 4 Gemeinden Geltung. Mit der Rückkehr zum Bezirk Offenburg geht ein langgehegter Wunsch der genannten Gemeinden in Erfüllung. Mitbestimmend für die Rückführung der Gemeinden nach Offenburg war die Wiedereinstellung der Rinderzüchtergenossenschaft Offenburg, die ohne die vier Gemeinden mit ihrer außerordentlich hochstehenden Rindviehzucht nicht lebensfähig ist.

Reiche Abwechslung in der täglichen Suppe bieten MAGGI'S Suppen-Würfel



28 Sorten, z.B. Eier-Nudeln, Reis, Blumenkohl, Ochsenchwanz, Grünkern, Tomaten, Reis mit Tomaten, Erbs, Eier-Sternchen, Pilz, Windsor, Tapioka echt, Rumford, Spargel, Erbs mit Schinken, usw.

sch zu mageren, trümmen Auswanderern, zu Hungernden und zu Zerlumpten, die sie strecken bagerte, gierige Zungen nach einem. Wie immer, sie fallen über einen her und nehmen einem die Luft weg. Und da wäre nun der Junge, tragisch und lebendig, und wenn er keine biden, dunklen Brauen hochzieht, zergerben die Schatten, seine hart-blauen Augen jagen aus allen Winkeln die bedrohliche, erstickende Dämmerung. Aber er ist nicht da; der Tod hat ihn des Landes verwiesen, der Tod läßt ihn nicht zu ihm.

Der schwere Herr rana sich ab, erschloß sich, stand vor dem Herzog. Er hatte nie gebeten, er hatte immer nur guten Anspruchs eingefordert, er war gewohnt, daß man zu ihm kam und daß. Es war dem aufrechten Mann arge Pein, als Soufflant dazustehen, und die Worte kamen ihm umständlich und störend. Das Urteil sei gerecht und nicht einmal sehr hart. Doch sollte der Herzog bedenken, welches im Land stehende wirklich nicht gut, und wenn der junge Mensch seinen Unmut offen herauslasse, sei das vielleicht besser als braute er, wie andere, im heimlichen Gift. Karl Alexander hörte finstern an, drückte dem peinvoll Dastehenden fest die Hand, verbrach unglücklich, er werde es überdenken.

Unwirsch forderte er Beicht ein. Süß selber kam zum Rapport. Ja, es war alles so, wie der Professor es dargestellt. Nur seien eben er, Süß, und der Professor verschiedener Meinung, was zur Wahrung fürstliche Dignität sei. Bedrücklich war der Herzog dem Süß hin, in was für ängstliche Situation er ihn gebracht habe, daß er jetzt entweder müsse zurücktreten oder dem verdienten und hochangesehenen Mann die erste und die einzige Bitte abschlagen. Frech und giftig erwiderte Süß, er lapiere, daß es seiner Durchlaucht schwerer falle, dem schwäbischen Professor einen Wunsch zu erfüllen als dem jüdischen Finanzrat. Er habe aber noch andere, sehr gute Gründe gehabt, den „Aktuarium“ aus dem Weg zu schaffen. Wenn nämlich, fügte er mit dreifacher Vertraulichkeit hinzu, der Herzog bei den Damen Göts nicht recht wohl avancieren, so sei dies der junge Mensch mit die beste Ursache, der seiner Durchlaucht am liebsten bei der Demoiselle Elisabeth Salomea lehr in die Quere käme. Finstern knurrend schwieb der Herzog.

Allein, beschloß er, sich erst recht den Aktuarium im Land zu lassen. Der Tod ist so hinrichtig wie inoffiziel. Sol Soll eman er, Karl Alexander, Angst haben, der lümmige Demokrat und Rebellant komme bei der Demoiselle vor ihm ans Ziel? Oder vermeint der Tod, jetzt nach Hirlau, habe er, der Herzog, Scheu vor jedem Verurteilten und traue nicht mehr auf seine Mannlichkeit? Eine verwegene Selbstüberhebung! Mille tonnerre! Er beicht Karl Alexander, Herzog von Württemberg und Teck, und er wird die Saugter trotz allen rebellantischen Auswüchsen klein und fette ma-

hen. Jedenfalls scheut er die Konkurrenz nicht und wird jetzt das Urteil annullieren.

Aber wie er die Dreie diktieren wollte, nahm er sich vor, es doch noch einmal zu überdenken, und schob es auf morgen. Anders Laas ging er nach Ludwigsburg. Amüsamenten, Repräsentation, andere politische Geschäfte drängten vor. Der Tag kam, da das Urteil rechtskräftig wurde, und keine Gegenordre war erschienen. Der junge Michael Koppenhöfer mußte wie sein Vetter Friedrich Christoph außer Landes gehen, und der Abend des Professors Johann Daniel Harvrecht wurde lach und ohne Licht.

Nun konnte Karl Alexander vorderhand nicht mehr auf etwas zurückgängig machen. Dachte er an die Damen Göts, so war er eigentlich sehr befreitigt darüber. Doch dies gelang er sich nicht ein. Es folgte ihm vielmehr eine dumpfe Wut gegen den Juden. Der war schuld an allem; er hatte ihn vor die Wahl gestellt: Harvrecht oder ihn, den Juden.

Süß wußte, Karl Alexander hatte eigentlich nie eine bewußte Schurkerei begangen; sicherlich auch wird er sich die wahren Motive dieser Ausweisung nicht eingestehen. Darum suchte es ihn, den Herzog so darauf zu stoßen, daß dieses Urteil fortan an ihm nagen sollte. Er warf gelegentlich hin: „Jetzt wird die Affäre der Damen Göts besser marischieren, nachdem wir den jungen Koppenhöfer haben aus dem Licht geschafft.“ Der Herzog wollte zufahren, aber er brachte es nur zu einem Knurren und erwiderte ohne viel Nachdruck: „Wie? Wie?“ Süß aber beanütete sich, zu lächeln, und schwieg.

Seinen Feinden kam zu Ohren, daß dem Herzog das Vorgehen des Juden gegen den jungen Koppenhöfer zu reich gewesen sei und nicht erwünscht. Sie begriffen nicht die Langmut des Herzogs, nickten den Anlaß, wegen solche unfaßliche Geduld Sturm zu laufen. Sie wiesen darauf hin und belegten es mit vielen Ziffern, wie Süß an dem Land dreße und lause, nur für seine Kassen, ohne daß für den Herzog was dabei herausbringe, wie er in jedem Geschäft den Herzog begaunere und benutzere. Sie sprachen fast zwei Stunden, bis Karl Alexander wies sie nicht zurück; er hörte sie zu Ende, ja, er ließ sich Details, die er nicht recht verstand, genauer erklären; vor allem lieb er sich von Dom Bartolemi Pancorbo auseinanderlegen, wie schamlos Süß ihn mit minderwertigen Steinen dreße und betrüge. Als die Herzen fertig waren, entließ er sie höflich, ohne jede Reue.

Andern Tags, unaufgefordert, erschien Süß in der Residenz. Er hörte, sagte er, man intrigiere von neuem gegen ihn. Er möchte sich die Beschämung erlauben, daß man ein zweites Mal seine Karriere durchschüttelte. Er bitte darum wiederholt, ihm die Hand dringlich um seine Entlassung.

„Hör, Jud!“ sagte Karl Alexander, „du hast mir im Oktober einen Stein verkauft um was mehr als fünftausend Dukaten. Was ist der Stein wert?“

„Heut keine fünfhundert,“ sagte der Jude. Und das Aug in dem des Herzogs, mit einem frechen, fatalen Lächeln fügte er hinzu: „Ja, solche Steine haben Liebhaberpreise und ihr Wert wechelt.“ „Es ist gut,“ sagte Karl Alexander. Dann schwiegen beide. Der Herzog läutete und befahl sogleich den Hofkanzler Scheffler, prestissimo. Es verging aber zwanzig Minuten, bis der Kanzler kam, und während dieser zwanzig Minuten sprachen die beiden Männer kein Wort. Sie dachten auch nicht einer des andern. Es war ein tiefes, wunderliches, ersticktes Schweigen in dem hellen, weiten, prunkenden Raum. Bilder und Träume kamen und gingen vom Herzog zu Süß, von Süß zu dem Herzog. Die knurrende Stimme des Wasag war in diesen Träumen, und das tote Kind war darin, die Finsternis streckt im Reigen des Schin.

Endlich kam Herr von Scheffler. Er sählte jetzt zu den Feinden des Süß, er schwigte, da er den Juden sah, vermutete, der Herzog wolle ihn dem Juden gegenüberstellen, und er werde gegen den teuflergewandten Mann einen schweren Stand haben.

Allein es ging anders. Der Herzog, kaum daß der Kanzler eingetreten war, nahm Haltung an und laute streng, militärisch, eiskalt, befehlsmäßig zu dem betroffenen Minister: „Der gegenwärtige Herr Finanzdirektor klagt über Verleumdung seiner Geschäftsführung und postuliert seine Entlassung. In Anbetracht seiner zu Unfern völligen, anständigen Veranlassen geleisteten Dienste wünsche ich, daß alles geschhe, ihn zu halten. Wollen Sie also, Erzellen, sogleich eine Urkunde aufsetzen, eine Legitimationsurkunde oder Absolutorium oder wie Sie es benennen wollen, eine herzogliche Gesetzesurkunde, die den Herrn Finanzdirektor für alle seine Handlungen, die vergangenen wie die zukünftigen, außer alle Verantwortungen setzt. Von niemand, mag er sein, wer er will, soll er können wegen seines Tuns zur Rechenschaft gezogen werden. Wollen Sie dieses Schriftstück sogleich in aller Form aufsetzen und Uns zur Unterschrift vorlegen, daß es kann im nächsten Wochenamtsblatt publiziert werden. Wir warten.“

Die Stimme Karl Alexanders, während er dies sprach, klang so eifrig gemessen, daß der erschrockene Kanzler keine Entrede wagte. Nicht der Herzog, nicht der Jude sprach ein einziges Wort, während Scheffler die Urkunde konzipierte. Wortlos auch unterzeichnete Karl Alexander. Herrliche dann, kaum noch an sich haltend, den Kanzler an: „An das Amtsblatt den Tisch!“ Fitternd retrizierte der Minister.

(Fortsetzung folgt.)

Karlsruher Voranschlagsberatungen

Der Oberbürgermeister gegen das Geschrei der zu hohen Umlage — Protest gegen die Pläne und Vorwürfe des Reichsbankdirektors Schacht

Karlsruhe, 16. April 1928.

Heute mittag begannen die Voranschlagsberatungen und zwar konnten sie zwei Monate früher erfolgen wie das vorige Jahr. Im Gegensatz zu den vorjährigen Beratungen der Haushaltsrechnung der Stadt, wo die Aussprache ohne die sonst übliche Budgetrede des Oberbürgermeisters vor sich ging, hielt er heute das Stadtoberhaupt wieder für erforderlich, ein Finanzeposée zu halten. Und wie notwendig dies war, beweisen seine dreiviertelstündigen Ausführungen. Unter Stadtoberhaupt versteht er nicht, wie er spricht, nicht in Effektivität, sondern er läßt die nüchternen Tatsachen wirken. So auch heute. Er befaßt sich zuerst mit der wirtschaftlichen Lage der Stadt, um sodann auch einen Streifzug in die Zukunft zu unternehmen, wobei er betonte, daß Grund zur Resignation genug vorhanden sei. Mit besonderem Nachdruck wandte sich der Oberbürgermeister gegen die Schacht'schen Pläne mit ihrer Abdrosselung der Auslandsanleihen für die Städte und ihrer einschneidenden Folgen für die letzteren. Zugleich erhob er Protest gegen den Schacht'schen Vorwurf, daß die Städte Luxusausgaben machen. Von besonderem Interesse waren auch seine Ausführungen, daß Industrie, Handel und Gewerbe keinen Grund zur Klage bezüglich der „hohen“ Umlage haben. Aus seiner Rede war auch zu entnehmen, daß die Einkommensteuer, vornehmlich die Lohnsteuer, die beste Einnahmequelle der Stadt ist. Daß der Oberbürgermeister auch die Verwaltungsreform und den schon oft besprochenen Zusammenschluß von Württemberg und Baden streifte, war nur zu selbstverständlich, da ja gerade Karlsruhe im Mittelpunkt des Interesses an diesem Problem steht. Und das Stadtoberhaupt nahm die Gelegenheit wahr, gegen die Ausführungen des württembergischen Ministers Bolz sich zu wenden, der im Falle einer Zusammenlegung Badens und Württembergs Stuttgart als Hauptstadt nannte, wobei Karlsruhe unermesslichen Schaden erleiden würde.

Nach dem Oberbürgermeister, dessen Budgetrede großes Interesse fand, kam Stadtdr. Wild (Zentr.) zu Wort, der im Namen des Stadtverordnetenvorstandes sprach und im Großen und Ganzen den Ausführungen des Oberbürgermeisters und dem Voranschlag zustimmte.

Den Reigen der Generaldebattierenden eröffnete Stadtdr. Dr. Rittermann vom Zentrum. Auch er erklärte sich für den Voranschlag, hatte wohl an einigen Dingen, wie Wohlfahrtspflege, Landestheater etwas auszusprechen. Auch wandte er sich gegen den Einheitsstaat. Der nachfolgende Redner, Stadtdr. Schwarz (W. Bg.) benützte die Generaldebatte, um u. a. die großen „Leiden“ der Hausbesitzer vorzutragen, aber geglaubt haben es ihm wenige, nicht einmal alle Hausbesitzer, die ihn anhörten.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte den Gen. Trinks als Generaldebattierenden vorgeschickt und er verstand es auch, recht wirkungsvoll und überzeugend den sozialdemokratischen Standpunkt zu präzisieren. Er hatte am Voranschlag so manches auszusprechen, stellte Forderungen wie Erhöhung der Position für die Wohlfahrtspflege, Ermäßigung der Gas- und Strompreise, Verbesserung des Verkehrs und wies zugleich auch auf Zukunftsaufgaben hin, die im Interesse der Entwicklung der Stadt liegen. Bezüglich der dargebrachten Gegnerschaft des Herrn Dr. Wittemann zum Einheitsstaat bemerkte Gen. Trinks mit Recht, daß die Zentrumspartei das Werk Erbsgräbers scheidet in Ehren halte, denn mit der Erbsgräberschen Finanzreform sei der Anfang zum Einheitsstaat gemacht worden.

Nach der Rede des sozialdemokratischen Sprechers wurde die Weiterberatung auf Dienstag mittag vertagt.

Sitzungsbericht

Der Oberbürgermeister Dr. Finter eröffnet die Sitzung um 4 1/2 Uhr. Die Verteilung der Präsenzliste ergibt die Anwesenheit von 83 Mitgliedern. Im Eingangs der Verhandlungen gibt Oberbürgermeister Dr. Finter

das Exposé über die Wirtschaftslage der Stadt Karlsruhe.

Aus seinen etwa einstündigen Ausführungen ist folgendes zu entnehmen:

Will man unsere häßliche Wirtschaft im abgelaufenen Rechnungsjahr 1927 kurz charakterisieren, so läßt sich sagen, daß sie im ganzen ein Spiegelbild der Entwicklung der deutschen Wirtschaft auf Hochkonjunktur im Laufe dieses Zeitraums ist, wenn man auch in etwas matten Farben.

Die Ausschläge des Wirtschaftspendels im Gebiete von Karlsruhe waren nicht so heftig. Die Zahl der Erwerbslosen ging in Karlsruhe von ihrem höchsten Stande von 5521 am 19. Januar 1927 auf nur 2801 am 2. November 1927 zurück. Es ist klar, daß

allgemein günstige Entwicklung ihren Niederschlag auch innerhalb der häßlichen Wirtschaft finden mußte. Zwar ist das nicht, wie vielleicht erwartet wird, bei den Steuereingängen der Fall.

In diesen Tagen ist es gelungen, das Register der Gemeindesteuern für 1927 fertigzustellen. Es zeigt sich beim Gewerbeertrag nur eine Steigerung von 250 000 M., das sind kaum 1,2 Proz. Das Ergebnis des Anteils der Stadt an der Einkommensteuer des Jahre 1927 weist zwar eine Steigerung auf, aber auch sie ist von der günstigen Wirtschaftslage des Jahres 1927 nur inwieweit beeinflusst, als die Lohnsteuer in Frage kommt. Kommt also in den gemeindlichen Steuereinnahmen die Besserung der Wirtschaftslage nicht in erheblichem Umfange zum Ausdruck, so sind ihre Wirkungen doch sonst deutlich zu spüren. Ich rechne dahin den

Rückgang der Fürsorgekosten um etwa 13 Prozent, sodann die günstige Entwicklung unserer Betriebe.

Rebner berichtet über Einzelergebnisse in den Betrieben. Nicht im gleichen Maße günstig ist das sogenannte Extraordinarium, d. h. die Unternehmungen der Stadt, die nicht aus der Wirtschaft, sondern aus außerordentlichen Mitteln bestritten werden, verlaufen. Sie kennen ja alle die

Angriffe des Reichsbankpräsidenten Schacht im letzten Herbst gegen die Städte.

Die Wirkungen dieses Vorgehens waren auch für die Stadt Karlsruhe von der peinlichsten Art. Die Aufnahme neuen Geldes war ein Zeitläus so gut wie unmöglich. Aber auch die Verlängerung der kurzfristig aufgenommenen Kredite machte monatelang die allergrößten Schwierigkeiten und war nur mit dem Opfer unalaudiver Zinsläufe, bis bis zu 12 Prozent und mehr anstiegen, zu erreichen. Es mußte nicht nur die Durchführung des beschlossenen Wohnungsbauprogramms abgebrochen werden; auch die andauernden Bauten wurden für längere Zeit stillgelegt und selbst Arbeiten der laufenden Wirtschaft sind vorübergehend einstellt worden. Wie der Stadt Karlsruhe erinae es wohl allen deutschen Städten. Die Folge davon war eine rasche und starke Zunahme der Erwerbslosigkeit. Es zeigte sich in dem Ablauf der Dinge eben ganz deutlich der starke Anteil der Kommunen an der deutschen Wirtschaft und damit die Bedenkllichkeit einer solchen künstlichen Unterbindung der kommunalen Betätigung für die gesamte Volks-

wirtschaft. Eines ist jedenfalls unter allen Umständen festzustellen, daß die Funktion des ausländischen Kapitals für die Mobilisierung der deutschen Arbeitskraft nicht genügend berücksichtigt. Ohne die deutsche Arbeitskraft keine Güterproduktion und kein Volkseinkommen. Ich muß mich

nachdrücklich auch an dieser Stelle namens der Stadt Karlsruhe gegen den Vorwurf einer unverantwortlichen Luxuswirtschaft verwahren.

Es scheint mir das notwendig zu sein, weil der Schacht'sche Vorwurf auch in Karlsruhe da und dort Nachhaken gefunden hat. Wie steht es denn nach dieser Richtung mit den Schulden, die die Stadt Karlsruhe in der Nachkriegszeit aufgenommen hat? Nach Abzug aus der Kriegszeit herrschenden sogenannten Schweizerkredit von 10,2 Millionen Mark verbleibt im ganzen ein neuer Schuldenstand von 22,2 Millionen Mark. Davon sind für Wohnungsbauprogramme 12 278 800 Mark verwendet worden; 6 090 400 M. dienen der notwendigen Erweiterung der häßlichen Werke. Der Rest verteilt sich auf folgende Verwendungszwecke: Wohn-, Verwaltungs-, Schul- und Feuerwehrgelände 762 500 M., Straßen, Kanäle, Brücken 1 941 300 M., Kranenhaus, Kinderheim, Wandererherberge 616 600 M., Sonstiges 510 400 M., zusammen 3 830 800 M. Unter die Rubrik der Aufwendungen, die Herr Schacht als Luxusausgaben ansieht, gehören davon nur die Ausgaben für ein Schwimmbad im Kapfenwörth und den sogenannten Köhlering im Hardwald. Aber auch zu diesen als Notstandsarbeiten auf das Drängen namentlich der zuständigen Reichsstellen ausgeführten Projekte haben Reich und Staat aus eigenen Mitteln an Zuschüssen und Darlehen beizutragen. Es muß übrigens beachtet werden, daß mit der Söderung des sogenannten Extraordinariums die Wirkungen des Schacht'schen Vorgehens nicht abgeschlossen sind; sie beeinflussen auch das vorliegende Budget des Jahres 1928 in sehr empfindlicher Weise. Man kann ruhig annehmen, daß wir von dem für die kurzfristigen Anleihen angenommenen Zinssatz von 9 1/2 bis 10 Prozent mindestens 2 1/2 Prozent der Schacht'schen Posten zu verbatten haben, mit anderen Worten, wir müssen für den Schuldendienst im Jahre 1928 mindestens 300 000 M. mehr ausgeben, als wir ohne sein Einwirken wahrscheinlich zu leisten gehabt hätten. Im übrigen anerkennen die deutschen Städte selbstverständlich die Berechtigung der Schacht'schen Forderung, daß ein armes Volk, wie wir es sind, sparsam wirtschaften muß. Dieses Gebot gilt aber für jedermann, für die Privatwirtschaft ebenso wie für die öffentlichen Körperschaften. Mancherlei Aufgaben der Stadtverwaltung harren noch ihrer Lösung, für die zum Teil schon ausführungsbereite Projekte vorliegen. Redner nannte dabei u. a. das neue Wasserwerk, die Erweiterung des Rheinhafens und die Pläne für die Bereitstellung neuer Anstaltungsstellen für die Industrie, Ausdehnung des Verkehrsnetzes der Stadt nach verschiedenen Richtungen, Veränderung des Raumes für unsere Volksschulen, Mittel- und Fachschulen, ein neues Altersheim, das bereits genehmigte Wohnungsbauprogramm, Erstellung des Ostlinger Torres, Erweiterung der häßlichen Wälder und dergleichen mehr. Auch der Ausbau des Kapfenwörths als Erholungsstätte unserer Bevölkerung wird kommen müssen, ebenso wie die Anlage der Spielplätze im Hardwald. Aber von diesem ganz groben Programm werden wir Ihnen in der nächsten Zeit nur kleine Bruchteile vorlegen können. Wahrhaftig Resignation genau, soviel, daß einem dabei Bange werden könnte.

Im gleichen Umfange wie im Extraordinarium ist das Brinard der Sparmaßnahme und der möglichst Zurückhaltung in den Ausgaben in dem

Wirtschaftsvoranschlag für das Jahr 1928 geübt. Das ausgesprochene Motiv ist hier die Rücksicht auf den Steuerzahler. Der Ruf nach einer Ermäßigung ist allgemein. In zahllosen Protestversammlungen wird er von Steuerzahlern und Nichtsteuerzahlern auf das lauteste erhoben. Freilich unterläßt man es bei solchen Kundgebungen nicht, unzulässige Forderungen zu erheben, die eine Vermehrung der Ausgaben bedeuten. Bei der letzten Versammlung muß man aber im Auge behalten, daß ein Begehren nach nicht befriedigendem Erfolge dieser selbstverständlichen Volk einen vierjährigen Krieg von dem Ausmaße des Weltkrieges nicht fähren kann und vor allem nicht verlieren darf, ohne daß daraus jahrelangefasende, drückendste Belastung jedes einzelnen Bürgers erwächst.

Sodann haben wir in Deutschland ein gründliche Verwaltungsreform dringend nötig. Darunter versteht ich nicht nur eine immer weiter fortschreitende Rationalisierung des Behördenapparates im bürokratischen Sinne, Selbstverständlich ist auch das nötig.

Unter den gegebenen Verhältnissen bleibt für die Gemeindeverwaltung, um der Forderung der Erleichterung für die Gemeindeverwaltung, um der Forderung der Erleichterung des Steuerzahlers zu genügen, nichts anderes übrig, als in allem und jedem, auch in den kleinsten Dingen, aufs genaueste zu prüfen, inwieweit sich Einschränkungen der Ausgaben rechtfertigen lassen. Es geht auch nicht an, wie es da und dort gefordert wird, aus den Betrieben noch mehr an Zuschüssen für den allgemeinen Haushalt

der Stadt herauszugeben. Wir freuen uns, sagen zu können, unsere Werke in guter Ordnung sind und ihren Zweck voll erfüllt.

Wir müssen in den nächsten Jahren ins Auge fassen, die Erwerbslosen für zu dotieren als bisher.

Und noch ein weiteres muß bei dem Streben nach Erleichterung des Steuerzahlers beachtet werden:

Die Finanzwirtschaft der Gemeinde darf dadurch nicht in Unordnung kommen.

Ich halte mich zu der Feststellung berechtigt, daß der jährliche Voranschlag in diesen Grenzen die Rücksicht auf die Steuerzahler nicht vernachlässigt. Ich stelle auch fest, daß für Karlsruhe die vielfach gehörte Behauptung des dauernden Anwachsens der gemeindlichen Realvermögen in keiner Weise zutrifft.

Speziell das Gewerbe, also Industrie, Handwerk und Handel haben in Karlsruhe keinen Grund zu besonderer Klage.

Ob wird nun mit den voranschlagsmäßigen Einnahmen auskommen, hängt von der allgemeinen Entwicklung der Wirtschaftsverhältnisse im Deutschen Reich und damit in Karlsruhe im Laufe des Rechnungsjahres 1928 ab. Die Anlage der Einnahmen sind allerdings optimistisch hoch angenommen, können einem wirtschaftlichen Rückschlag nicht standhalten.

Der eben angedeutete Umland, daß dieser Voranschlag in der laufenden Wahlperiode der bereiteten engeren Stadtverwaltung ist, rechtfertigt es vielleicht, bei dieser Gelegenheit einen kurzen Ausblick auf die mutmaßliche künftige Entwicklung unseres Gemeinlebens

zu versuchen. Als Herr Oberbürgermeister Siegfried im Jahre 1926 in den Ruhestand trat, hat er der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß die Stadt Karlsruhe schweren Zeiten entgegenstehe. Er wohl recht gehabt. Die Jahre, die kamen, waren für unsere Stadt sehr glücklich und für die Stadtverwaltung Jahre schweren Mühsals um die Geizhals und hanger Sorge um die Zukunft. Aber wir dürfen wie vielleicht das Urteil über die hinter uns liegende Periode im ganzen doch dahin zusammenfassen, daß es besser gegangen ist, als mancher zu hoffen gewagt hat. Die besprochenen Rückschlüsse, die die politische Umländer der ehemaligen Reichsregierung bebracht hat, sind zum größten Teil überwunden. Wirtschaft in unserer Stadt steht heute im ganzen wieder festen Füßen, und auch von der Stadtverwaltung darf man sich leicht sagen, daß sie dank der Tüchtigkeit und des Fleißes der Beamten in geordneten Bahnen verläuft. Gewisse Anzeichen lassen uns hoffen, daß das wirtschaftliche Leben unserer Stadt weiterhin gute Fortschritte machen wird, wieweil die durch den Verlust von Elbst-Verbindungen eingetretene Grenzlinie sich hemmend bemerkbar macht. Leider hat sich die Öffnung auf die Anbahnung eines großen industriellen Unternehmens, die mit dem Grund monatlicher Verhandlungen mit einem Konzern verbunden ist, trotz der von der Stadt anbotenen großen Opfer nicht erfüllt. Dafür haben wir Anlaß, von der Eröffnung der beiden Kuratortaxen und vor allem von der nunmehr festgestellten Erbauung der festen Rheinbrücke bei Marau neue Hoffnungen auf die Erbauung der Wirtschaft zu erwarten.

Eine der auffallendsten politischen Erscheinungen des Jahres ist das fast spontane, überaus starke Hervortreten der deutschen Einheitsstaates. Ueber zwei Dinae besteht im allgemeinen die Überzeugung: Es ist die Notwendigkeit der Einführung der Zentralgewalt beim Reiche, gepaart mit einer weitgehenden Deszentralisation der Verwaltung im Wege der Übertragung der gesamten örtlichen Verwaltung an Selbstverwaltungsorgane. Das Gesamtziel dieser Maßnahmen ist die Verwirklichung der Selbstverwaltungsförderung. Die natürliehen örtlichen Selbstverwaltungsorgane sind die Gemeinden. Von der Entwicklung der Wirtschaft wird also eine Stärkung der Stellung der Gemeinden im Reich und des Reiches zu erwarten sein; die Einführung einer einheitlichen Staatsverwaltung wird zu bescheiden haben. Und ebenso muß zur Durchführung des daraus erwachsenden vermehrten Aufwandes der Kommunen das Justizrecht der Städte zur Einkommenssteuer bringen.

Inwieweit ist das Problem ziemlich geklärt. Die große Frage aber ist: Was wird aus den Ländern? Welche staatsrechtliche Form ist diesen Zwischengliedern zwischen Reich und Gemeinden zu geben und wie sind ihre Gebiete abzugrenzen? Die eine Auffassung ist man als die föderalistische bezeichnet, möchte die Souveränität in die Länder, die andere, die sogenannte unitaristische, will sie in die Verwaltungsförderung mit dem Reich verliehenen Befugnissen verbinden. Ist der letzteren die reichslose Durchführung einer einheitlichen Reichspolitik leitendes Motiv, so sorgt sich die erstere mehr um den Schutz der Provinzen gegen die ihnen gefahrten Lebensrisiken. Beide enden ungedeutete Ansehenskräfte der Reichszentrale. Für die Förderung einer neuen räumlichen Abgrenzung dieser Zwischenglieder wird geltend gemacht, daß die überaus ungleiche Größe der deutschen Länder stets eine Gefahr für das innere Gleichgewicht im Reich gewesen sei. Ein größerer Stabilität werde nur erreicht werden, wenn man die Größenverhältnisse der Gliedstaaten einmütig ausgleiche. In derselben Richtung wirkt die Forderung namentlich von Wirtschaftsfreien nach einer Anpassung der Grenzen der Gliedstaaten an die Wirtschaftsbereiche. Hier ist nun der Vorwurf zu machen, von dem weittragende Wirkungen für die zukünftige Entwicklung unserer Stadt ausgehen können. In den Kreis dieser Befürchtungen gehört ja auch die Frage der Bildung eines großen Süddeutschen Reiches. Mehrere Lösungsformen werden vorgeschlagen, die eifrig ventiliert. Die eine ist die Vereinigung Badens und Württembergs, die andere die Zusammenlegung Badens und Württembergs, die dritte möchte die Pfalz, Baden und Württemberg, das heißt auch Hessen zusammenfassen, und es ist nicht zu leugnen, daß die Lösung des großen Vorwands hätte, daß in einem solchen Reich Baden eine starke Hauptader seines wirtschaftlichen Kraftfeldes bilden würde. Ein württembergischer Minister hat sich neulich über die erstgenannte Form der Lösung, also über die Vereinigung von Baden und Württemberg in umfassendem Sinne ausgesprochen. Obwohl er dabei betonte, daß es verfehlt sei, jetzt schon über die Arbeit der Lösung sich zu unterhalten, beizite er sich doch im Hinblick auf die wirtschaftliche Lage der Städte an dem Gedanken, ausgleich auch festzustellen, daß Karlsruhe dafür nicht in Frage kommen könne. Am was es dabei für Karlsruhe geht, mögen Sie einer Zahl ermessen. In den Zentralstellen Karlsruhs sind 5 000 Reichs- und Staatsbeamte, summt in gehobener Stellung beschäftigt. Mit ihren Familienangehörigen machen sie 10 Prozent der Bevölkerung aus. Karlsruhe wird sich einer Lösung des Reiches lems eines größeren föderalistischen Staates, die im wirtschaftlichen und wirtschaftlichen Gesamtinteresse gelegen ist, nicht widerlegen. enerallch vernehmen muß es sich aber dagesen, daß in dieser matterallch Neuherung der Verlaß gemacht wird, nicht widerlegen. Stellen Karlsruhe um die Landeshaupstadt, damit nicht erschrecken. Sie ist, das kann ich versichern, damit nicht erschrecken. Sedenfalls haben wir solcher Einstellung gegenüber allen Vorschlägen auf der Hut zu sein. Denn, aber, die auf bisheriger Seite gemacht werden, über die großen Zukunftsfragen zu entscheiden, wird wir heute schon zu: Gebet zu, daß Baden und seine Hauptstadt nicht Schaden leiden!

Namens des Stadtverordnetenvorstandes

Stadtdr. Wild. Der Redner schließt sich im wesentlichen den Ausführungen des Oberbürgermeisters an. Um Spezielles verlangt er keine erhöhte Kursumsteuer für Kinos und Fußballvereine. Gerade letztere haben eine Richtung genommen, die mit sportlicher Erziehung der Jugend nichts mehr zu tun hat. Auch eine Erhöhung der Alkoholfsteuer wäre ein Vorschlag. Ferner wäre eine Eingliederung der Fürsorgekosten durch Zurückdrängung der sonstigen Elemente dringend am Platze. Im großen ganzen ist er der Meinung, daß die Umlage auf der gleichen Höhe gehalten werden kann,

...mal, meine Dame,
müssen Sie auch an Ihre
Gesundheit
und die der Ihrigen, denken
und — Kathreinners Malzkaffee
trinken!
7522 schriftliche
Ärzte-Gutachten (allein aus
Deutschland) dürften ja wohl
schon eine gute Empfehlung
sein! Aber fragen Sie doch
auch mal
Ihren eigenen Arzt!

letzte Jahr. Die Mehrheit des Stadtratsvorstandes ist der Meinung, daß vor allen Dingen ein Ausbau der Verkehrswege betrieben werden muß. Am Schluß seiner Ausführungen spricht Redner der Stadtratsvorstand und den städtischen Beamten und Arbeitern den Dank für ihre assidue Mithatleistung aus und empfiehlt die Annahme des Vorantrages.

Die Generaldebatte

Als erster Debattierender spricht der Redner der Zentrumsfraktion Stadt. Wittmann. Derselbe gibt zunächst ebenfalls seiner Befriedigung Ausdruck darüber, daß die Umlage auf der vorjährigen Höhe gehalten werden kann und geht dann des Näheren auf das Exposé des Oberbürgermeisters ein, dessen Grundgedanken anerkannt werden. Der darin zum Ausdruck gebrachte Optimismus ist zu begrüßen. Im Besonderen ist im Vorantrag eine mutmaßliche Summe für die kommende Weinsteuereinnahme festgesetzt. Bei der Abschaffung der Weinsteuereinnahme wird dies ein Verlust sein. Niemand hat ein Interesse daran, daß die Weinsteuereinnahme nach der Konsumtion. Einen Nachteil davon hatten Staat und Städte. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen befragt Redner einen Antrag seiner Fraktion, der besagt, daß die Gewerbesteuererhöhung und zum Ausgleich die Betriebsvermögenssteuer erhöht wird. Diese Erhöhung der letztgenannten Steuer wäre, meint Redner, für die kleineren Betriebe kaum spürbar. Ferner wird die Kinosteuer wieder erhöht werden. Die Kinos machen gute Geschäfte und können eine Erhöhung der Kinosteuer sehr wohl tragen. Die Kommunen müssen in diesen Dingen mehr Ellenbogenfreiheit bekommen. Ferner werden keine Fraktionen in einem Antrag den baldigen Bau der geplanten Siedlungsgebiete.

Wobann kommt Redner auf den Etat des Landesbesitzers zu sprechen, an dem die Stadt den Löwenanteil tragen soll. Konjunkturerwartungen müssen wir dann auch verlangen, daß dafür auch die Städte der Stadtverwaltung erweitert werden, um dabei mitzuwirken. Das Konjunkturjahr ist mitunter sehr angreifbar, namentlich bei den sogenannten Reaktionszeiten mit denen zum Teil vollkommen Spund geboten wird. Redner hat dabei hauptsächlich ein Beispiel, „Ein besserer Herr“ im Auge, bei dem einmal eine Dame mit ihrer Tochter das Theater verlassen hat. Das Fürsorgeamt bedarf einer grundlegenden Veränderung. Die Wirtschaft in Zukunft nicht lediglich für die Fürsorge arbeiten. Die sozialen Elemente, die grundlegend der Arbeit aus dem Wege zu räumen, müssen von der Fürsorge ausgeschaltet werden. Ferner ist ein besserer Ausbau der Verkehrswege verlangt werden. Bei der kommenden Verwaltungsreform müssen die Rechte des Bürgerausschusses erweitert werden. Am Schluß seiner Ausführungen weist sich der Redner gegen den in der Rede des Oberbürgermeisters in Erscheinung getretenen Antisemitismus. Wir verlangen die Erhaltung der Ränder.

Stadt. Schwarz (W. Saag.) begrüßt es ebenfalls, daß die Umlage festgehalten werden kann. In seinen weiteren Ausführungen weist Redner auf alle möglichen und unmöglichen Dinge zu, die die Stadt als Hausbesitzer erwünscht sind, die ihm am Herzen liegen. Mit einer Bemerkung hat er aber nicht so ganz unrecht, wenn er meint, daß in manchen Fällen die Einkommensteuer erhöht werden könnte. Ferner die Einführung einer Fremdbörse in der Hauptsache sowie den baldigen Bau eines Altersheimes im Sinne der Entlastung des Wohnungsmarktes. Am Schluß empfiehlt Redner die Annahme des Vorantrages.

Stadt. Trinks (Soz.):

Der zur Beratung stehende Vorantrag ist uns, ein wie unvollständiges und unvollständiges Bild der Stadt Karlsruhe darstellt. Beim Studium dieses Vorantrages findet man, daß das sogenannte Exposéprinzip mehr als alles andere zu kritisieren, angewandt wurde. Die Ausgaben wurden nicht aufgeführt, darunter auch an Stellen, wo wir nicht damit rechnen können, daß sie sich realisieren lassen. Wir sind Sozialdemokraten es kein Beweis ist, daß eine Gemeinde nicht in der Lage ist, wenn sie mehrere Umlagen hat, sondern für uns nachstehend: Der Stand der Unternehmungen auf allen Gebieten des Fortschrittes und der Anforderungen, die die heutigen Verhältnisse an ein Gemeinwesen stellen, z. B. im Wohnungswesen, im Verkehrswesen, im Wohlfahrtswesen, im Verkehrsweisen usw. Mit einem Wort, was die Gemeinverwaltungen unternehmen für das Wohlergehen der Einwohner in materieller und kultureller Beziehung.

Dabei verneinen wir nicht die Schwierigkeiten, mit denen die Gemeinverwaltung zu kämpfen hat. Wir wissen, daß sie in ihren Ausgaben sehr beschränkt ist durch die gesamte Finanzlage. Wir wissen auch, daß die Stadt als große Gemeinde mit ihrem umfangreichen Aufgabenkreis sehr getroffen wird durch die ganz unverständliche Einstellung des Reichsbankpräsidenten Schacht gegenüber der Aufnahme von Auslandsanleihen durch die Gemeinden. Aber auch die Reichsregierung hat diesem Gesichtspunkt über die Veranschlagung der Städte Rechnung getragen, denn sie hat in dem Entwurf des Steuerereinstellungsgesetzes ein Einverständnis

recht der Industrie, der Handels- und Handwerkskammern geübt gegenüber Steuerbeschlüssen der zuständigen und durch Wahlberechtigte Gemeindevertretungen. Die Stellungnahme der Industrie, der Handels- und Handwerkskammern entspricht offensichtlich ihrer Feindschaft gegen die kommunalen Betriebe und ist ein Ausfluß ihrer kapitalistisch-privatwirtschaftlichen Einstellung. Auch die Mehrheit des verlassenen Reichstages bejahte in immer größerem Umfang die Steuerpflicht der gemeindeeigenen Betriebe.

Was nun die städtischen Betriebe anlangt, so muß festgestellt werden, daß sie zusammen einen Beitrag zum allgemeinen Staatsbedarf der Stadt, einschließlich des Kapitaldienstes, von mehr als 3 Millionen Mark leisten. Die sozialdemokratische Fraktion hält die Zeit für gekommen, daß eine Herabsetzung der Preise für Gas und elektrischen Strom in die Wege geleitet wird.

Was die Straßenbahn anlangt, so sei hier so recht der Widerspruch der Besteuerung derselben durch das Reich. Die Straßenbahn muß 231.000 M. Beförderungsteuer im Jahre 1928 an das Reich abführen, das sind, wenn die bis Juni 1928 ausgefallene Ermäßigung bestehen bleibt, 4,5 Prozent der Brutto-Einnahmen. Diese Maßnahme zwingt die Straßenbahn, um zu rentieren, zu hohen Fahrpreisen. Dadurch wird das Siedlungsweien sehr erschwert. Im übrigen wünschen wir, was die Verkehrspolitik unserer Stadt betrifft, mehr Raumnut und gesunden Optimismus. Der Ausbau des Straßenbahnnetzes geht uns an langjam vorwärts. Aufgabe der Stadtverwaltung müßte sein, durch Bau neuer Straßenbahnlinien — wo das noch nicht möglich ist, Autoverkehr als Nebenbahn — dahin zu wirken, daß die Bewohner der Vororte und der Siedlungen möglichst rasch von der Wohnung zur Arbeitsstelle und umgekehrt gelangen können. Heute nach 20 Jahren der Eingemeindung des Vororts Rintheim endlich die Erstellung einer Straßenbahn nach dort greifbare Formen an, so daß zu hoffen steht, daß die Bewohner von Rintheim in 2-3 Jahren eine Straßenbahnverbindung haben werden. Auch die Klagen der Bevölkerung des Stadtteils Krippen werden nicht verkommen, so lange Rippur nicht an das Straßenbahnnetz angeschlossen ist.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich an die Stadtverwaltung die Frage richten, ob das Gutachten, daß Durlach ein eigenes Schlafhaus bauen will, wenn ja, ob die Stadtverwaltung der Stadt Karlsruhe mit derjenigen von Durlach Fällung genommen hat, denn diese kostspielige Arbeit der Stadt Durlach könnte doch, wenn man den Zusammenschluß von Durlach-Karlsruhe ernstlich will, unterbleiben, um so mehr, als der Schlafhof an seiner Stelle auch für Durlach durchaus günstig liegt. Im übrigen aber freuen wir uns. Wir nehmen an, einfl. des Herrn Rolf. Siegrist, daß die Stadt Karlsruhe heute noch im Besitze der Straßenbahn ist.

Was das Kapitel Wohlfahrtswesen anlangt, so ist uns unverständlich, daß der Vorantrag für das Fürsorgewesen mehr als 400 Mark festsetzt. Hier finden wir den Optimismus der Stadtverwaltung, den wir beim Ausbau des Straßenbahnnetzes vermissen, in reichem Maße. Leider können wir den Optimismus an dieser Stelle nicht teilen. Wir beantragen deshalb, den Fürsorgetat auf den Stand des Rechnungsergebnisses des Jahres 1926 zu erhöhen, insbesondere da ja die Opfer der Arbeitslosigkeit hinzukommen.

Wir billigen auch nicht die Erhöhung der Bäderpreise. Die Bäder sollen die Gesundheit fördern.

Beim Kapitel Schulen beantragen wir den Betrag für unbemittelte Volks- und Fortbildungsschüler von 50.000 auf 80.000 M. zu erhöhen. Für die Sonderschule beantragen wir 7500 M. mehr einzusetzen. Bei Teil 26 Ankauf von Kunstwerken beantragen wir den Betrag um 10.000 M. zu erhöhen, bei der städt. Bücherei, Teil 26, verlangen wir, daß 6000 M. mehr eingesetzt werden.

Als nächste Zukunftsaufgaben betrachten wir in der Hauptsache Erweiterung der Schule in Weierheim, Schulhausbauten auch in den Siedlungen, den Bau eines Wasserwerkes, eines Altersheimes, einer Handelsschule, die Erstellung neuer Tierbehaltungen im Stadtgarten, Ausbau des Etkingertorplatzes, Schaffung von Unterkunftsräumen für die Arbeiter in städtischen Betrieben.

Was den Etkingertorplatz anbelangt, so müßte auch nach unserer Auffassung endlich mit der Bebauung begonnen werden mit der Erstellung des Verwaltungsgebäudes.

Eine der wichtigsten Fragen gemeindlicher Aufgaben ist der Wohnungsbau. Was den Wohnungsbau in Karlsruhe betrifft, so müssen noch andere als bisher gegangene Wege eingeschlagen werden. Bei aller Anerkennung der Tatsache, daß in Karlsruhe auf dem Gebiete des Wohnungsbaues beträchtliches geleistet wurde, so muß doch untererzählt auch heute wie schon früher betont werden, daß in Zukunft der Kleinwohnungsbau gefördert werden muß. Alle Neubauten der letzten Jahre haben in der Regel kleinere als Dreizimmerwohnungen nicht. Es fehlen Zweizimmerwohnungen, die allerdings so ausgestaltet sein müssen, daß sie den heutigen Ansprüchen genügen. Sie müssen mit einer Wohnfläche versehen sein. Es wäre Aufgabe der Stadt selbst zu bauen und Kleinwohnungen zu schaffen. Ich verweise hierbei auf die Stadt Rehl, die in den letzten zwei Jahren 140 Kleinwohnungen geschaffen hat, die sie zu 30 M. Monatsmiete vermietet. Mit den bisherigen Methoden werden wir die Wohnungsnot in Karlsruhe nicht beheben. Es gibt in Karlsruhe eine große Anzahl Wohnungslosender, die seit 4 Jahren eine ihren schwachen wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechende Wohnung suchen. Mit Dreizimmer- und Vierzimmerwohnungen, die 90-130 M. Monatsmiete erfordern, ist weiten Kreisen unter den Wohnungslosen nicht bedient.

Wir stimmen dem Vorantrag zu und verknüpfen damit die Hoffnung, daß, obwohl wir Anträge zu verschiedenen hier geäußerten Wünschen nicht gestellt haben, der Vorantrag im nächsten Jahre erkennen läßt, daß die Stadtverwaltung unseren Forderungen Rechnung trägt. (Lebh. Beifall.)

Damit wird die Sitzung abgebrochen und die Weiterberatung auf Dienstag nachmittag 4 Uhr angesetzt.

Kleine badische Chronik

Florsheim. Im benachbarten Eutingen fiel am Samstag nachmittag das dreißigjährige Schöndes Ehepaar beim Spielen in den Mühlkanal und ertrank. Man fand das Kind dann am Rande des Elektrizitätswerkes tot vor.

Florsheim. Am Samstag nachmittag brach an dem Auto des Hotels Post die Dinterachse. Es löste sich ein Rad und das Auto neigte sich zur Seite. Im gleichen Augenblick fing der Besatzant Feuer und das Auto stand in hellen Flammen. Obwohl sofort seitens der Freiwilligen Feuerwehr und einer Hauswehr versucht wurde, das Feuer zu löschen, konnte die Zerstörung des Autos nicht mehr aufgehalten werden. Der Brand war so stark, daß sogar die Vorderseite des Schenkens Hauses in Mitleidenschaft gezogen, das Holzwerk beschädigt und mehrere Fenster zertrümmert wurden.

Gundelfingen. Am Sonntagabend fuhr der auf seinem Motorrad von Freiburg kommende 19jährige Schlosser Richard Manbrunn an der ziemlich starken Kurve vor der Brücke an einen Brückenstein und wurde durch die Gewalt des Anpralles in hohem Bogen über das Geländer der Brücke auf die Schienen geschleudert. Hilfe war rasch zur Stelle, was als ein besonders glücklicher Umstand zu bezeichnen ist; denn schon zwei Minuten später sank ein Schmelzwerk über die Schienen. Mit schweren inneren Verletzungen wurde Manbrunn in die chirurgische Klinik nach Freiburg verbracht. Lebensgefahr besteht jedoch nicht.

Sausen-Katzenbach (Amt Schopfheim). Einen Autounfall erlitt ein Autohelfer von Gengen als er vom Wäldchen gegen Säulen herunterfuhr. Aus noch nicht festgestellter Ursache geriet der Wagen über die Böschung und überschlug sich. Der Fahrer wurde mit einem Bruch des Brustbeins und des Schienbeins betroffen und in das Spital nach Zell gebracht. Das Auto ist erheblich beschädigt.

D. Mannheim. Im Stadteil Lindenhof verlor sich am Samstag eine 24 Jahre alte Hausangestellte durch Einatmen von Leuchtgas das Leben zu nehmen. Der Grund zu der Tat soll in Liebestummer liegen. — Sonntag nachmittag brach eine 45 Jahre alte Genotopferin von der Riedbahnbrücke in den Neckar. Sie wurde 200 Meter unterhalb der Brücke von einem Stadtarbeiter gerettet. Die Lebensmüde hat die Tat wohl infolge eines schweren Nervenleidens begangen.

Bootsunglück

D. Mannheim, 16. April. Auf dem Rheine kam am Sonntag nachmittag ein mit 5 Personen — Mitglieder der Rudergesellschaft Ludwigshafen — besetztes Boot infolge hohen Wellenganges eines Schleppdampfers zum Sinken. In der Aufregung sprang der ledige Metzger Adolf Mersch aus Ludwigshafen, der das Steuer führte, in den Strom, um an das Ufer zu schwimmen. Glücklicherweise wurde er von einem anderen Bootsinhaber ihm nachgeholfen. Ein Wellengang drückte beide unter Wasser. Mersch ertrank, der Kamerad konnte mit Mühe gerettet werden. Auch die übrige Mannschaft des sinkenden Bootes vermochte man in Sicherheit zu bringen.

Schweres Autounfall

D. Blumenfeld (Amt Engen), 16. April. Oberingenieur Dieffenbacher einer Lindauer Maschinenfabrik und der Fabrikant Moos aus Konstanz befanden sich heute nachmittag auf einer Geschäftsreise auf der Straße von Engen nach Kimmingen, wobei das Auto verunglückte, aus bisher noch nicht genügend festgestellter Ursache, vermutlich infolge Platzens eines Reifens. Der Wagen überschlug sich und ging in Trümmer. Die Insassen wurden hinausgeschleudert. Dieffenbacher war sofort tot. Der Fabrikant Moos erlitt einen Nervenschlag und zog sich mehrere Verletzungen am Kopf und an den Armen zu. Er wurde in das Krankenhaus nach Blumenfeld verbracht. Auch die Leiche des Oberingenieurs Dieffenbacher wurde nach Blumenfeld überführt.

Badens Schicksal im nächsten Kriege

Generaloberst von Seede, der frühere Chef der Heeresleitung der Reichswehr, behandelte kürzlich in einem Vortrage vor der Deutschen Gesellschaft in Berlin den Wandel der Kriegstechnik. Die Folgen der Ausdehnung des Flugweilens, die Hineinziehung des ganzen Landes in das Kampfbild, vor allem das Schicksal der Grenzländer, erörtert in der gleichen Art der Generalsekretär der Deutschen Friedensgesellschaft, Gerhart Seeger, Berlin, in seinen Vorträgen: „Badens Schicksal im nächsten Kriege“, die vom Badischen Landesverband der Deutschen Friedensgesellschaft gegenwärtig in ganz Baden veranfaßt werden. Der Redner behandelte mit aussagekräftiger militärischer Sachkenntnis die Entwicklung von Flug- und Gastechnik, die Bedeutung dieser veränderten Kriegsmethoden für die Grenzländer, die Möglichkeiten der Abwehr, die Fragen der Völkerbundtätigkeit und der internationalen Abrüstung. Den gleichen Vortrag hält Seeger am 20. April in Durlach und am 26. April in Ettlingen. — Der Besuch kann allen Kreisen der Bevölkerung dringend empfohlen werden, auch Gegnern der Friedensbewegung, da freie Aussprache stattfindet und der Redner ein äußerst sachlicher Debatter ist.

Schliefensberg brennen sollte, und weiter hinten nach dem Dreiflüßchen im Norden, ebenso vergeblich nach den Lichtern von Rostod und dem Scheinwerfer von Warnemünde. Dafür erstellte Blis auf Blis die Gegend oft taghell und verriet uns die Stellen, über die wir flogen.

Für Sekunden konnte man deutlich den See bei Schloß Schlieffensberg erkennen. Die Neonröhre brannte nicht. Dahinter tauchten in zwischen schwache Lichter auf und helle rote Fackeln, die uns die Flugwache anstatt des Scheinwerfers angestrahlt hatte. Im grellen Blislicht zogen rechts und links von uns graue Regenwolken bestia vorbei, und gleich spizen Nadeln spritzten uns die Regenröhren ins Gesicht. Dann, bei Laane, sprachen wir fast plötzlich ins Gewitter. Das Flugzeug wurde wie von wilden Riesenhänden gefaßt und hochgeschleudert, um im selben Augenblick wieder nach unten gestürzt zu werden. Böen von ungeheurer Gewalt durchstießen uns. Strömender Regen ließ realen Lichtschimmer verschwinden und hüllte alles in ein nasses, dichtes Grau. Wir machten lehr: hier war ein Weiterfliegen unmöglich. „Recht und schnell landen vor dem Sturm!“ rief die Kommandant. Aber unserm Pilotenplan Brecken schossen wir unter Kollisions. Rot ab und umkreisen ihn, schon fast entschlossen zur Landung. Doch das Gewitter zog weiter nach Nordosten, und im Schein der Blis, die rund um uns zur Erde fuhren, sahen wir, daß der Regen auf unserer Flugstraße nachlassen hatte, und daß wir uns im Rücken des Gewitters befanden. Ein nochmaliger kurzer Entschluß: hinein und durch! Der Kompass allein war unser Wegweiser. Nach wenigen Minuten blisten in der Ferne die Lichter von Rostod auf und dahinter ein roter Schimmer, der von einem Brand herrihrte, der durch das Gewitter östlich von Warnemünde entstanden war. Je mehr wir uns Rostod näherten, desto mehr hörte der Regen auf, und die Sicht besserte sich. Jetzt endlich traten auch die Scheinwerfer von unserem Flugplatz Warnemünde in Tätigkeit und gaben uns frischen Mut zur Landung. Wie schon so manches Mal waren wir auch heute des Unwetters wegen in Warnemünde nicht erwartet worden. Aber durch Gewitter und Sturm findet der Nachflieger, der Pionier der Lüfte, sein Ziel.

Aus dem Werk „Jugenddeutschlands Fliegerbuch“, herausgegeben von Edoar Welter-Koblika. Mit 170 Abbildungen. Gebunden M. 6,80. (Union Deutsche Verlagsgesellschaft, Stuttgart.)

Albrecht Dürer-Ausstellung. In den geschmackvollen Räumen des Graphischen Kabinetts der Zeiburger Bücherei sind anläßlich der Feier des Dürer-Jubiläums eine größere Zahl von Arbeiten dieses Künstlers ausgestellt, darunter 20 Originalblätter, Solismitte, Kupferstiche und Einzelzeichnungen, durchweg Blätter in guten Druckzuständen und vorbildlicher Erhaltung, die einen guten Ueberblick über das reiche Werk dieses deutschen Meisters geben. Die Ausstellung dauert bis Ende dieses Jahres.

Ein Nachflug des Ozeanfliegers Hauptmann Hermann Köhl

von ihm selbst erzählt

Am Abendmännern des 10. Oktober 1925 stand am westlichen Himmel eine gelochene, schwarzbunte Wolkenwand, die sich bei hellem Westwind mehr und mehr vergrößerte und 10 Uhr 15 mit einem oberen Rand über Berlin stand. Das Observatorium Linde hatte starke Gewitter aus Nordwesten im Anzug gemeldet. Die Flugstraße startete das Flugzeug hinein. Je dunkler die Nacht wurde, desto heller strahlte die Beleuchtung der Maschine. Die Flugstraße bis Oranienburg war mit Lichtern besetzt und sich bis vorhin gut. Nach Oranienburg empfing uns die dicke Nebelwand, danach dieses Dunkel. Ein schwarzer roter Lichtschein, der sich mehr und mehr verstärkte, leitete uns weiter unterem Himmel. Es ist heute zum erstenmal in Lindow eine rot leuchtende Nebelwand, und dahinter blitzen die Dreiflüßchenwerfer von Rostod und Laube auf. Die Wolkenende ist bis Keller geschloffen, die Keller leuchten sich die Wolken etwas, und der im Osten aufsteigende Halbmond läßt ihre Konturen schwach erkennen. Die Nacht hat sich in ein dunkles Grau verfärbt. Aus den Wolken und Städten blickeln schwach vereinzelte Lichter heraus. Vom Boden ist nichts zu sehen, nur die Geen bei Lindow leuchten. Noch hat das Flugzeug Laube nicht erreicht, als dort ein Lichtschein, in der Dunkelheit wie ein glühendes Feuer, in der Dunkelheit noch greller und schauriger zu sehen als die leuchtenden Feuerlöcher führen vom Himmel zur Erde. Das Gewitter noch sehr entfernt, und es bestand immerhin die Möglichkeit, daß es nach Norden auszog, wie uns beim Start aus dem Himmel eine rote Neonröhre mit ihrem milden, beruhigenden Licht noch dieser einige Lichter von Rheinsberg und nochmals die Scheinwerfer der Neonröhre. Inzwischen waren auch schon in der großen weißen Föhne die Wolkenende mit mächtigem Schein der Scheinwerfer und unsern Weg durch die Finsternis wiesen. Bei den Scheinwerfern waren auf den erkundeten Notlandestellen Nachsicht aufgestellt, uns zur Landung einladend. Nördlich der Scheinwerfer wurden die Blitze immer häufiger und ardent. Die Lampen des Bahnhofs Wollstrabe leuchteten vor dem dunklen Hintergrund der Dreiblühwerfer von Dersentin. Von dort waren nur noch vereinzelte Lichter zu erkennen. Vergeblich suchte ich in der Dunkelheit nach der Neonröhre, die auf Schloß

Karlsruher Chronik

Karlsruhe, 17. April 1928.

Geschichtskalender

17. April: 1774 *Dr. König, Erfinder der Buchdruckmaschinen. — 1790, *Amer. Staatsmann B. Franklin. — 1848 Arbeiterunruhen in Breslau. — 1864 *Dichter Karl Bennell. — 1927 Sos. Parteitag: Frankreich (Lyon), Tschechoslowakei (Prag), Holland (Utrecht).

Anträge der sozialdemokratischen Kathausfraktion zum Voranschlag 1928

Die sozialdemokratische Bürgerauschussfraktion hat zum Voranschlag 1928 eine Reihe von Anträgen gestellt, deren Inhalt wir hiermit veröffentlichen:

Förderung der Leibesübungen. In Beiertheim, Rintheim und Ruppurr sind gut ausgestattete Kinderspielplätze zu errichten und auf dem Grünwinkler Spielplatz die noch fehlenden Geräte bereitzustellen.

In Rintheim und Grünwinkel ist je eine Turnhalle zu erstellen.

In den Vororten sind Frei-, Brause- und Wannenbäder einzurichten.

Die Bäderpreise sind wieder auf die Höhe zu reduzieren, die vor dem 1. April Geltung hatten.

Ankauf von Kunstwerken. Die sozialdemokratische Fraktion beantragt zu Teil XXVI Ziffer 1a — Ankauf von Kunstwerken — die Position auf 30 000 RM. zu erhöhen.

Anschaffung von Büchern. Die sozialdemokratische Fraktion beantragt, die Position XXVI Ziffer 5b — Anschaffung von Büchern — von 9000 RM. auf 15 000 RM. zu erhöhen.

Bau der Zeppelinbrücke. Der Bau der projektierten Zeppelinbrücke über die Alb — als Verbindung zwischen Grünwinkel und der Albfiedlung — ist baldigst in Angriff zu nehmen.

Wohlfahrtsräume in Städt. Betrieben. Da die auf dem Grundstück Gaswerk I, Kaiserallee, untergebrachten Werkstätten und Wohlfahrtsräume den an sie zu stellenden Erfordernissen (in technischer und hygienischer Hinsicht) in keiner Weise entsprechen, beantragen wir die Erstellung neuer Wohlfahrtsräume und Werkstätten auf dem Grundstück Wilhelmstraße 9.

Erholungsheim für städt. Arbeiter und Arbeiterinnen. Die sozialdemokratische Fraktion beantragt, einen Fonds zu schaffen, aus dem den Arbeiterorganisationen Zuwendungen zur Errichtung von Erholungsheimen für in städtischen Betrieben beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen gemacht werden können.

Verkehrsverbindung nach den Vororten. Der Bau einer Straßenbahn nach Rintheim ist mit möglichst Beschleunigung durchzuführen.

Der Autoverkehr Ruppurr-Karlsruhe ist wieder — wie vorher — nach dem Marktplatz zu leiten.

Bis zur Herstellung einer Straßenbahnverbindung nach der Weiherriederfiedlung ist dorthin ebenfalls eine Autobusverbindung einzurichten.

Wohlfahrtspflege. Der Zuschuß zu den Fürsorgeausgaben ist auf den Stand des Rechnungsergebnisses vom Jahr 1926 zu bringen. Der Betrag ist durch Umlageerhöhung zu decken.

Schulen. Die Schüler der Volks- und Fortbildungsschulen erhalten auf Antrag freie Lernmittel; ohne Prüfung der Bedürftigkeit.

Von den Schülerinnen der Soffenschule werden nach dem Voranschlag 48 RM. Schulgeld und 12 RM. Gebühren für die Benützung der Nähmaschinen erhoben, also ein Gesamtbetrag von 60 RM. Wir beantragen, diesen Gesamtbetrag von 60 RM. auf 40 RM. zu ermäßigen.

Generalversammlung des Sportkartells Mühlburg-Grünwinkel

In dem Vereinslokal des Fußballvereins Grünwinkel fand am 11. April obige Generalversammlung statt. Genosse Helm an als Kartellvorsitzender eröffnete um 19 Uhr die Versammlung und ließ die Vertreter willkommen. Grün-Weiß-Mühlburg, sowie die Abteilung der Freien Turnerschaft Mühlburg fehlten. Der von Genosse Hellmann geleitete Geschäftsbereich wurde gutgeheißen. Es war aus demselben zu ersehen, daß die Arbeiten im verflochtenen Jahre nicht allzuarbeitsreich waren. Durch Verlegen verschiedener Vereine mußten die früher abgehaltenen gemeinsamen Veranstaltungen fallen gelassen werden und wurde dadurch den Vereinsveranstaltungen, zum Leidwesen aller, Tor und Tür geöffnet. Im kommenden Jahre muß eine Änderung erfolgen, die Festlichkeiten müssen eingebremst werden. 11 Gesuche wegen Gegenstand von Beratungen. Der Anteil der Vereine am städtischen Zuschuß sei im Hinblick auf die ausgeworfene Summe ein guter zu nennen. An Neuannahmen waren zu verzeichnen, Radfahrer-Abteilung Mühlburg, sowie Freie Turner Karlsruhe, Abteilung Mühlburg. Durch das Auscheiden des Schriftführers übernahm der Vorsitzende auch noch diesen Posten bis zur Generalversammlung. Daß im Vorortariatell mit den Finanzen gut umgegangen wird, bewies der Kassenbericht des Gen. Karl Wiese. Gen. Braun ließ damit in der Diskussion dem Vorstand für die geleistete Arbeit und trug diesen Dank auch an den Vorstand des Sportkartells Karlsruhe ab.

Die vorliegenden Satzungen wurden ohne Widerspruch entgegengenommen. Grün-Weiß-Mühlburg war inzwischen erschienen. Die Neuabteilungen ergaben folgendes Bild: 1. Vorstand Julius Hellmann, 2. Albert Schwarz, Kassier Karl Wiesner, Schriftführer Bindner, Beisitzer Ludwig Bauds. Als Delegierte zum Sportkartell wurden die Genossen Hellmann, Wiesner und Schwarz bestimmt.

In Punkt Verschiedenes wurden interne Angelegenheiten besprochen. Mit besonderer Würde machte Gen. Kuter auf den diesjährigen Reichsarbeiterporttag aufmerksam. Seine Ausführungen wurden mit dem Beifall der aktiven Teilnehmer entgegengenommen. Ein dreifaches Heil für die Arbeiterportbewegung und für die neu gewählten Funktionäre beschloß die anregend verlaufene Sitzung. L. Br.

(.) **Gewerbeschule.** Wie aus dem Interzitatentell hervorgeht, beginnt das neue Schuljahr an der Gewerbeschule am Montag, 23. April. Die Interessenten sind auf diese Bekanntmachung der Gewerbeschule besonders aufmerksam gemacht.

(.) **Kleiderablagengebühr im städtischen Konzerthaus.** Wie schon anlässlich der Nachricht über die Aufhebung der Einlagegebühr mitgeteilt worden ist, trat im städtischen Konzerthaus am 1. April 1928 aus technischen Gründen eine Änderung in der Art der Erhebung der Gebühr für die Benützung der Kleiderablage ein. Während bisher diese Gebühr nicht unmittelbar vom Besucher, sondern vom Mieter des Saales erhoben wurde, hat seit 1. April 1928 jeder Besucher in der Kleiderablage die Kleiderablagengebühr von 20 Pf. je Person zu entrichten, ähnlich wie in der Festhalle. Der aus sicher-

Maisfeier 1928 in Karlsruhe

Die diesjährige Maisfeier wird durch zwei Hauptveranstaltungen begangen. Am 1. Mai wird vormittags ein Demonstrationsspektakel, dessen Leitung und Arrangierung das Ortskartell des ADGB übernommen hat. Seitens der Partei wird abends eine Theateraufführung im Badischen Landesheater veranstaltet und zwar wird durch das Landestheaterensemble Meister Beethovens herrliche Oper „Fidelio“ aufgeführt werden. Es darf erwartet werden, daß diese für Karlsruhe neue Form der Maisfeier in der Arbeiterkategorie freudigen Anklang findet. Das Theater, das uns an diesem Abend in seinem gesamten Umfang zur Verfügung steht, muß natürlich ausverkauft sein, und alle, in erster Linie die Freunde einer vornehmen, künstlerischen Form der Maisfeier werden aufgefordert, ihre ganze Kraft einzusetzen, damit dieser erste Versuch zu einem vollen Erfolge führt. Es ist uns gelungen, die Eintrittspreise derart niedrig zu halten, daß es allen Parteigenossen und Genossinnen möglich ist, die „Fidelio“-Aufführung zu besuchen; die Preise bewegen sich zwischen 0,40 M. (4. Rang) und 1,80 M. (1. Rang und Parterre).

Somit auf zur Arbeit für die Maisfeier! Angehts der bevorstehenden Reichstagswahl ist es doppelt notwendig zu zeigen, daß unsere Partei ethische Werte zu schätzen und zu fördern weiß, und daß der Maisfeier nicht lediglich auf die materielle und wirtschaftliche Förderung der Arbeiterkategorie eingestuft ist.

Die Gewerkschaften, die durch ihre örtliche Leitung in dankenswerter Weise die volle Unterstützung unseres Vorhabens in Aussicht gestellt haben, das Arbeiterport- und das Arbeiterfänger-Kartell werden gebeten, umgeben ihren Bedarf an Karten festzustellen und der Parteileitung anzumelden.

Es ist selbstverständlich, daß unsere Partei in vollem Umfang auch an der Vormittagsdemonstration teilnehmen hat, und so wird schon heute die Parteigenossenschaft zu vollständiger Beteiligung aufgefordert.

Darum auf zur Maisfeier 1928!

Die Parteileitung.

beitspolitischen Gründen im Konzerthaus bestehende Kleiderablagewand bleibt selbstverständlich auch weiter aufrecht erhalten.

(.) **Wiedererrichtung der Großen Karnvalsogelellschaft Karlsruhe.** Die Bemühungen des Karlsruher Verkehrsvereins ist es gelungen, durch Wiedererrichtung der Großen Karnvalsogelellschaft das karnevalistische Leben in Karlsruhe durch Umzüge und Fremdenführungen zu ordnen. In einer Besprechung mit Vertretern verschiedener einschlägiger Vereine und Körperchaften wurde einstimmig die Wiedererrichtung einer neuen Großen Karnvalsogelellschaft beschlossen.

— **Gundepott, Begutachtung von Hundes aller Rassen, Polizeihundverbände und Hundereisen.** Dem Verein der Hundezüchter, Karlsruhe, der seine für April d. J. geplante große Hundeschau am 2. und 3. nächsten Frühjahrsfesten abhalten möchte, wurde durch das Entgegenkommen des Rates der dogmatische Karlsruhe des Stadions der Hochschule zur Verfügung gestellt. Somit ist die Möglichkeit geboten, am 6. Mai d. J. eine Veranstaltung auf hundepraktischem Gebiete zu bieten, wie sie wohl noch nie in Karlsruhe gegeben wurde. Zunächst will der Verein am Vormittag des genannten Tages jedem Hundebesitzer durch eine Schönheits- und Rasenbegutachtung Gelegenheit geben, sein Tier von erfahrenen Sachverständigen beurteilen und sich über dieses beraten zu lassen. Es sind dabei weder dem Alter noch der Abstammung irgendwelche Grenzen gezogen. Ferner wird durch eine Vorführung von Polizeihunden auf dem Fußballplatz der Öffentlichkeit im Hinblick auf die Hundehaltung im Zusammenarbeiten mit dem Verein für Polizei- und Schutzhunde angeleitet sein soll, gezeigt werden. Es sollen dabei alle 4 Wollhaubendressen vertreten sein. Nach dieser Vorführung soll eine Hetero- und durch die Vergleichbarkeit der Rassen sehr interessanten Sport zu interessieren. Der Verein wird, wie wir ersehen, die Eintrittspreise so niedrig ansetzen, daß es jedem Interessenten möglich wird, die drei Veranstaltungen besuchen zu können.

Veranstaltungen

„Rundfunkpötte“ könnte man den Lustigen Abend des Mar Hebe-Entenbleß bezeichnen, den dieser ausgezeichnete Saiter mit seinen Hilsstruppen heute Dienstag, den 17. April, im Karlsruher Entenbleß abhalten wird. Sehr bereit den lustigen Mutterwitz, die Besuche mit der raffinierten Pointe, die Satire mit dem doppelten Boden; seine eigenen Verse sind unweit recht stark geschliffen, sogar sehr. — Zwei andere Künstler werden am Dienstag noch besonders von den Rundfunkteilnehmern mit großem Interesse begrüßt werden: Erwin Erdmann und Eise Kienke. — Es steht uns also ein wiederbesprechender belustiger Abend leicht-gelächelter Musik bevor, der besonders die zahlreichen Karlsruher Rundfunkteilnehmer interessieren wird. Karten sind im Vorverkauf bei Kurt Reustleld, Waldstraße 28, sowie an der Abendkasse zu haben.

Friedenskartell. Mittwoch, den 18. April, 20 Uhr, wird Professor Dr. de Guer von der Universität Alze über „Friede durch die Schule“ und Frau Helene Verot-Gelber über: „Deutsch-Französischer Schilleraustausch“ sprechen.

Zusatzabend Merens-Geer. Es wird nochmals auf die letzte Wiederholung des diesjährigen Zusatzabends der Merens-Geer-Schule hingewiesen, die heute abend 8 Uhr im Konzerthaus stattfindet. Diese Wiederholung ist eine Sonderveranstaltung der Volkshäuser. Doch sind auch für das allgemeine Publikum Karten aller Wagarten reserviert, die in der Musikantenbandung Fritz Müller erhältlich sind. Die Erwerbungsbeiträge führt wieder die Polizeikasse ab. Es wird Olga Merens-Geer und ihre gesamte Tanzschule (ca. 50 Personen) mit.

Aus den Vororten

Daglanden
Die öffentliche Versammlung, welche wir am letzten Freitag abhielten, war sehr gut besucht. Besonders waren die Frauen zahlreich vertreten. Genosse Dr. Landauer hielt einen Vortrag über „Frauentätigkeit und deren Verhältnisse“. Sein Vortrag war sehr lehrreich und auf praktischer Erfahrung aufgebaut. Die Zuhörerschaft lobte seine Ausführungen mit reichem Beifall. Es fand eine sehr lebhaft Diskussion statt und die Versammlung nahm einen sehr würdigen Verlauf.

Ruppurr
Sozialdemokratische Partei. Donnerstag abend findet im „Zähringer Löwen“ eine Mitteilerversammlung statt. Neben einem Vortrag des Genossen Reiterungsrat Dr. Lehmann steht besonders noch die Maisfeier zur Besprechung, jedoch vollständiger Besuch erwartet werden darf.

Berliner Devisennotierungen (Wittelskurs).

	14. April	16. April
Amsterdam	168,35	168,69
Belg.	22,04	22,08
London	20,391	20,431
Paris	4,170	4,184
Frankfurt	16,43	16,47
Breslau	12,374	12,394
Schwed.	80,49	80,65
Spanien	70,31	70,45
Stockholm	112,12	112,84
Wien	58,75	58,87

Soziale Rundschau

Die Volksfürsorge im 1. Quartal

Bei dem Versicherungsunternehmen der deutschen Arbeiterkassen sind in den ersten drei Monaten dieses Jahres 127 000 Versicherungsanträge mit 291 000 M. Monatsprämie und 58 Millionen Mark Versicherungssumme eingereicht worden. Im Monat März kamen rund 49 000 Versicherungen zum Abidat. Gegenwärtig sind etwa 1 100 000 Volks- und Lebensversicherungen mit 450 Millionen Mark Versicherungssumme in Kraft.

Gemeindepolitik

Schweigen. Der Bürgerauschuss sollte den städt. Voranschlag beraten, es kam jedoch nicht dazu, vielmehr wurde nach kurzer Dauer die Angelegenheit und die Sitzung vertagt, weil mehrere Parteien des Bürgerauschusses der Ansicht waren, daß der Beschluss erst beraten werden könne, nachdem die neue Beschlüsse regelung durchgesehen und beschlossen sei.

Singen a. S. Der städtische Voranschlag schließt für das Rechnungsjahr 1927 mit einem Fehlbetrag von rund 475 000 M. Der Gemeinderat hat nunmehr beschlossen, dem Bürgerauschuss vorzutragen, gemäß § 58 a Abs. 2 des Grund- und Gewerbesteuergesetzes die Steuergrundbeträge des Grundvermögens und des Grundvermögens um 50 Prozent zu erhöhen. Es müssen für 124 Prozent der Steuergrundbeträge erhoben werden. Auch für die Berechnung der Vorauszahlungen hat der Gemeinderat beschlossen, die Steuergrundbeträge des Grundvermögens und des Grundvermögens um 50 Prozent zu erhöhen.

Gerichtszeitung

Moderne Autofahrer. Vor dem großen Schöffengericht in Mannheim hatten sich sechs Juristen im Alter von 19—24 Jahren verantworten, die in der Zeit vom 5. bis 11. Januar in Mannheim beim sechsten Autos auf der Straße wegnahmen und damit die Fahrgäste in Mannheim und nach auswärts unternehmen und gefangen zu setzen ließen. Das Gericht sprach gegen die Angeklagten Gefängnisstrafen von 10 Monaten bis herab zu zwei Wochen.

Der Brand im Speicher

im Karlsruhe, 11. April. In einem weiteren Falle hatte der 29-jährige ledige Karlsruher Josef Bauer aus Au a. M. wegen fahrlässiger Brandstiftung vor dem erweiterten Schöffengericht zu verantworten. Der Angeklagte betreibt im Ammelmanns 8, November vor der Ramin eingeweiht worden, um die Stelle zur Folge hatten, daß in der Nacht die in nächster Nähe des Speichers im Speicher liegenden Vorräte an Fertigmarmen und Sägematerialien wie Terpentinöl u. a. im Gesamtwert von 3000 M. in Brand gerieten und der Speicher ausbrannte. Der händelnde Handel belief sich auf 1000 M. Erster Staatsanwalt Koberg hielt die Schuld des Angeklagten nach dem Erkenntnis der weisaunahme für erwiesen; er hätte die Gefahr voraussehen müssen. Die in der letzten Zeit hervorzuhebende Brandursache sei ein großer Teil auf fahrlässigkeit zurückzuführen. Eine entsprechende Gefängnisstrafe sei angemessen. Das Gericht kam zu einer freisprechenden Urteil. Es konnte sich nicht davon überzeugen, daß der Angeklagte den Vorkauf in sehr überhöhten. Der Kamin befand sich in einem schadhaften Zustand und es steht nicht fest, daß die Unfallsursache des Angeklagten die Brandursache gewesen ist.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Sozialistische Arbeiterjugend — Kreis Karlsruhe. Am Sonntag, 22. April, findet vormittags halb 10 Uhr eine Kreisversammlung in der „Friedrichshof“ statt. Der Vorstand des Kreisvereins hat die Teilnahme der Mitglieder sehr erwünscht. Wir treffen uns in der Friedrichshof, 22. April, 10 Uhr.

Spezialk. Nächste Probe am Freitag im Du-Lacher Saal. Neue Dienstag abend 8 Uhr im Rest Vortrag von Ingenieur Otto Freiling über „Graphologie“. Was ist Graphologie? Das heißt auf deutsch: Handcharakterkunde. Referent wird uns zeigen, mit welchen Methoden die Graphologie arbeitet. Darüber näheres zu hören, sind alle Genossinnen und Genossen der älteren und der jüngeren Gruppe eingeladen.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Am Mittwoch, 18. April, findet abends 8 Uhr im Gartenhaus des „Friedrichshof“ eine Mitteilerversammlung statt mit dem Tagesordnung: 1. Bericht des Kameraden Metzler über die Generalversammlung in Baden-Baden. 2. Vortrag. 3. Verschiedenes. Sämtliche aktiven und passiven Kameraden werden dringend ersucht, diese Versammlung zu besuchen.

Briefkasten der Redaktion
E. C. 1. Ihr Programm ging zu spät ein. Wir müssen es Montag mittags im Bestre der Bodenprogramme sein, somit eine Ausnahme derselben im Sos. Rundfunk nicht garantiert werden kann.

Veranstaltungen des heutigen Tages
Bad. Landes-Theater: Fuhrmann Henschel. Von 20 bis 22.30 Uhr. Goltmann: Alberto, Melcher-Jongleur; Variété-Programm. 20 Uhr. Konzerthaus: Tony-Abend Olga Merens-Geer mit ihrer Tanzschule 20 Uhr.

Eintracht: Einmaliges Gastspiel Mar Hebe-Entenbleß. 20 Uhr. Circus Schneider: Sensations-Sport-Programm. 20 Uhr. Krakobill: Taglich Konzert der Bauernkapelle. 20 Uhr. Union-Theater: Vom Leben und Tode. 20 Uhr. Ballast-Vorstellung: Paule mit Harry Piel. 20 Uhr. Sommer-Vorstellung: Ben Gur. 20 Uhr. Gloria-Ballet: Charlie Chaplin in: Circus. — 20 Uhr. Neben-Vorstellung: Melchor. II. Teil: Der König der Detektive. 20 Uhr.

Vereinsanzeigen
Der 19. 4. Juli
20 Pf. die Zeile
Anzeigenentwurf findet unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahme, oder werden nicht berücksichtigt.

Karlsruhe
Arbeiterportkartell Groß-Karlsruhe. Morgen Mittwoch 8 Uhr in der „Gombrinushalle“ Ausschussversammlung.
Arbeiterkassenverein Eintracht Rintheim. Kommenden Montag, 18. April, abends 8 Uhr, bestimmen wieder pünktlich die Sitzung.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe
Sterbefälle und Beerdigungszeiten. **Wilhelmine Dörner**, 63 Jahre alt, ledig, Schneiderin. Beerdigung am 17. April, 14 Uhr. **Carl Müller**, 27 Jahre alt, Ehefrau von Friedrich Müller, Kantilegehilfe. Beerdigung am 17. April, 15 Uhr. **Engelbert Weis**, 61 Jahre alt, Chemiker, freier. Beerdigung am 17. April, 16 Uhr. **Carl Ehemann**, 70 Jahre alt, Ehemann, Kaufmann. Beerdigung am 18. April, 14 Uhr. **Heinrich Brinkmann**, 40 Jahre alt, Schneidermeister. Beerdigung am 18. April, halb 12 Uhr. **Alfred Zoos**, 73 Jahre alt, Privatmann. Beerdigung am 18. April, 13.30 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung

Aus der südwestdeutschen Textilindustrie

33. Freiburg i. Br., 16. April. Nach einer Korrespondenzmeldung soll der Verband südwestdeutscher Textilindustrieller in Wiesbaden beschließen haben, die Löhne der Textilarbeiter um 4 bzw. 6 Pfa. die Stunde zu erhöhen. Diese Regelung umfasse ganz Südwestdeutschland, also den südbayrischen Teil von Bayern, Württemberg und Baden. Zu dieser Mitteilung erhalten wir von unterrichteter Seite folgendes: Der Inhalt der Regelung ist für Baden vollkommen unzutreffend. Lohnverhandlungen haben für die badische Textilindustrie bekanntlich schon im Sommer stattgefunden. Im übrigen Süddeutschland, insbesondere in Württemberg, Bayern und Pfalz sind diese Verhandlungen erst zum Teil abgeschlossen, zum anderen Teil sind Schiedsprüche bereits gefällt, so für Bayern mit Lohnerhöhung von etwa 4 Pfa. und Württemberg hat die Regelung vorläufig noch aus.

Der Kampf in der sächsischen Metallindustrie

Im Konflikt der sächsischen Metallindustrie wurde am Montag in den Verhandlungen vor dem sächsischen Schlichter folgender Schiedspruch gefällt:

Die Arbeiter erhalten eine Erhöhung des Grundlohnes um 5 Pfennig. Die Lohnarbeiter eine Erhöhung des Grundlohnes um 7 Pfennig. Die Ausgangslohn für die Lohnarbeiter wird für die Arbeiter auf 80 Pfennig, für die Lohnarbeiter auf 82 Pfennig festgesetzt. Für die Kreisbauernmännchen wurden ermäßigten sich die Höhe um je 2 Pfennig. Für die Hüttenarbeiter werden die Löhne, die sie bereits früher auf Grund des Arbeitsvertrages (vom 29. Dezember 1927) erhielten, jetzt in Anrechnung gebracht. Die Neuregelung läuft ab 1. April und soll für ein Jahr gelten. Die Erklärungsdauer bis Samstag, den 21. April, mittags 12 Uhr.

Die Arbeiterchaft wird am heutigen Dienstag und Mittwoch in dem Schiedspruch Stellung nehmen. Schon jetzt kann gesagt werden, daß sie zu einer Ablehnung kommen wird. Die Haltung der Metallarbeiter ist zweifelhaft und fest. Die sächsischen Arbeiterkommunisten streben, die wieder einmal gegen die Gewerkschaftsführung wüßte best, prallen wirkungslos ab. Aus den Verhandlungen der großen Werke wird überall gemeldet, daß die Metallarbeiter in übergehender Mehrzahl es ablehnen, den kommunistischen Parolen Folge zu leisten und nur auf die Anweisung der Verbandsleitung hören. Im Dresdener Stadtverordnetenrat haben die Kommunisten einen Antrag eingebracht, den angeschuldigten Metallarbeitern aus Mitteln der allgemeinen Fürsorge Unterstützung zu gewähren. Die Dresdener Ortsverwaltung des DAW lehnt das ab und erklärt, daß die Finanzen des Verbandes den Kampf in jeder Beziehung sichern.

Auf der Seite der Unternehmer wird die Zersplittertheit von Tag zu Tag offenkundiger. In Zwickau und Neugersdorf ist die Aussperrung ebenso wie in Bautzen nicht durchgeführt worden. Im sächsischen Zwickau-Land besteht ebenfalls keine Aussperrung, während nicht im Mittweidaer und Arzberger Bezirk, das zum sächsischen Gebiet gehört. Die eigenen Verbandsangehörigen haben also dem Aussperrungsbeschluss der sächsischen Metallindustriellen den Todesstoß verleiht.

Der Kampf steht für die sächsischen Metallarbeiter ganz auf dem Kopf. Die Aufgabe ist es jetzt, die Geflossenheit zu wahren und auch den letzten Resten zur freierwerblichen Organisation zu führen.

Nachtrag zum Streit der Sandgrubenarbeiter der Firma Aulenbacher, Ettlingen

In Nr. 86 des Badischen Landmann vom 13. April ist es hat ein angesehener Arbeiter, der während des Streiks in der Sand- und Kiesgrube seinem Arbeitgeber gegenüber die „Mittel“ erfüllt, eine Note losgelassen, in der von einem Probandenzeit gesprochen wurde. Gleichzeitig verlangte diese Geistesarbeit, daß der Bauwerksbund nun den Sieg verkünden, und den Arbeiter auf der Firma Aulenbacher wieder herstellen möge. Wir sind leider nicht in der Lage, dem Wunsch des unbekanntem Rechtmäßigen zu tragen, weil es der vereinigten Reaktion in Ettlingen und Umgebung auf Grund der mangelhaften Solidarität einiger Leute ist, unter allerhand schönen Versprechungen Streikbrecher zu verwenden, die den Streikenden in den Wäden gefallen sind. Das ist ein zumeist von Spielern hat selbst den Gewinn der Streikbrecher zu dieser unfaulbaren Arbeit abkomme, keine Schweine durfte er nach Feierabend austreiben. Die Arbeiter sind in der Situation hat den Streikenden den Aufenthalt an der Baustelle „Elektrisches Werk“ verboten, so daß die Streikbrecher ungehindert aussteigen und zur Grube gebracht werden konnten. Das man unter diesen Begleitumständen keinen Sieg erringen kann, wird auch dem Notizschreiber mit seinem bestränkten Untertanenverstand einleuchten. Und doch haben wir einen Grund zu erraten, wenn auch nur ein Teilchen, denn nach einer gemachten Mitteilung wird den Arbeitern jetzt ein bestränkter Unterfunktsraum zur Verfügung gestellt, was früher der größten Räte nicht der Fall war, wodurch der Gesundheitszustand der Arbeiter stark darunter leiden mußte. Auf diesen Teilchen sind wir stolz.

Den guten Ruf der Firma Aulenbacher und des Vorarbeiters Schindhammer können wir beim besten Willen nicht wiederherstellen, weil die Stünden des ungebildeten Raumes, der mangelhaften Beobachtung und der fortgesetzten Anreizung sich nicht ändern lassen. Wir haben nur Tatsachen festzustellen, und die sollten das Recht der Offenheit vertrauen dürfen. Dätten die Arbeiter beiten gesagt, dann wäre sicher der Herr Amtsrichter ein finanziellen Erlöse nicht erzielen konnten, so ist dies unmöglich kein Dauerzustand, denn mit der Zeit muß auch selbst der laudable Arbeiter einsehen, daß nur mit vereinten Kräften der Streikbrecher menschenwürdige Zustände geschaffen werden können. Es ist auf die Unternehmenssicht verläßt, der ist und bleibt für immer verlassen. Diejenigen, die diesmal den Verräter an den Arbeitsbrüdern gemacht haben, müssen mit der Zeit lernen, daß dieses Verhalten die Arbeiter ins Verderben führt und der Unternehmer sie behandeln kann, wie ein Spielball. Das ist die Lage, das dem Arbeiter durch das Betriebsratsgesetz und anderen gesetzlichen Bestimmungen einräumt ist, wird in solchen Fällen in die Hände des Unternehmers gelegt, die Arbeiter sind und werden recht und machtlos. Aber auch hier wird und muß die Verantwortung bei der Arbeiterchaft kommen, und daß diese mög-

Badische Landes-Frauenkonferenz

a. m. Mannheim, 15. April

Der Landesfrauenrat, über dessen Ausklang noch nachzutragen wäre, daß am Samstag nachmittags die Stadt, Mittelfrauenrat, des Obdachlosenrat und das Präsidium befristet wurde und als Einrichtungen, die als Protege des sozialdemokratischen Bürgermeisters Boettger haben, einen nachhaltigen Eindruck von der Wirkungskraft einer fortschrittlichen Gemeindepolitik vermitteln — mündete in die Landesfrauenkonferenz, die am Sonntag morgen 9 Uhr im „Cafino“ abgehalten wurde. Anwesend waren 31 Delegierte und viele Gäste. Der Landesvorstand war durch Genossin Reinhold vertreten, auch die pfälzischen Genossinnen hatten Vertreterinnen entsandt, die die Genossin Blase in ihre Begrüßung mit einschloß.

Tätigkeitsbericht

Der Vorsitzenden, Genossin Blase, ist bemerkenswert, daß von 1926 bis 1927 ein Zuwachs an weiblichen Mitgliedschaften von etwa 500 eingetreten ist, was ein Anzeichen für fröhlicher Weiterbildung bedeutet. Die nächste Arbeit muß auf die Wahl eingestuft sein. Auf Grund der verhängnisvollen Gebeugung der Bürgerblutregierung muß es ein leichtes sein, die Frauen zum Wählen zu veranlassen, damit wirkliche Vertreter des Volkes ins Parlament einziehen. Nach Besprechung der Werbemittel feuerte Genossin Blase dazu an, den Männern nicht allein den sozialistischen Freiheitskampf zu überlassen.

Die Diskussion ging zunächst um die Methoden der Agitation und um den Austausch von Erfahrungen. Viel Gutes und auch Schönes wurde geredet und durch allen Stolz auf Erreichtes und durch alle Sehnsucht nach Ausgesprochenem wurde die Herzensverbundenheit der arbeitenden Genossinnen mit der Partei und Ziel unserer Idee. Die Delegierte von Ettlingen empfahl die Hausagitation und die Notwendigkeit, zuerst in der eigenen Familie den Sozialismus durchzuführen. — Stiegeler-Durlach machte wertvolle Angaben über Erfolge in ihrem Bezirk und die Tatsache, daß durch die Gewinnung von Frauen auch der Mann zur Partei berübergezogen werden kann. Ein Ritt ins politische Land, der für badische Ohren besonderen Klang hat, war der Appell der Durlacher Genossin: „Berkauft die Schulfrage nicht an die Reaktionskräfte!“ Martha Wehner-Mannheim empfahl getrennte Abstimmung für Frau und Mann bei den Wahlen, Berücksichtigung des erzieherischen Momentes in der Partei und es hängt sehr von Wert und Stellung der Frau. Zur Agitation äußerten sich noch die Genossinnen Lohr-Mannheim, Eiser, Berzer und Steinbiber-Karlsruhe, die auch die „Frauenwelt“ einer Kritik unterzogen.

Genossin Reinhold empfahl bei der Werbearbeit die vom Landesvorstand neugebeneden Richtlinien, Hausagitation bei entsprechender langsame Vorbereitung, durch Betriebsverammlungen auf die erwerbstätigen Frauen zu wirken und die Kleinbauernschaft an die Partei heranzuziehen. Genossin Würtz-Mannheim hält für systematische Frauenbewegung die spätere Anstellung einer Sekretärin für notwendig, sie fordert die Tätigkeit von Frauen in den Redaktionen der Parteipresse und für die Frauenbefähigung; ferner Berücksichtigung der bedrängten jüngeren Kräfte in der Frauenbewegung der Partei bei der Wandlung und Vortragsweise. Verschiedene Anregungen wurden noch gegeben, die Genossin Blase teils aufnehmend, teils ablehnend in ihrem Schlusswort zusammenfaßte. Die gefährliche Kluft zwischen Jung und Alt, auch innerhalb unserer weiblichen Parteibewegung besteht, und die in der Diskussion etwas aufzerrissen schien, wurde durch die Erklärung der Vorsitzenden Blase überbrückt, daß die erfahrenen und die frischen Frauenkräfte in der Zusammenarbeit sich ergänzen müßten. Genossin Bander-Ettlingen trat den Kern dieses mit verständlichen Empfindlichkeiten für den resignierenden Teil geladenen Kapitels, indem sie Unterstützung des Nachwuchses forderte, damit keine Lücke in der Partei entsteht.

Die Unzufriedenheit über die Maßnahme des Parteivorstandes, die Delegation zu der Internationalen Frauenkonferenz in Brüssel nach den Frauenmitgliedschaften zu bestimmen, kam in einem Antrag Karlsruhes zum Ausdruck, der eine Abweisung in

der Delegation wünscht, damit auch Parteibezirke mit geringeren Mitgliedschaften zur Internationalen Frauentagung kommen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen, ebenso derjenige auf Abänderung der Richtlinien für die Zusammenlegung des Landes-Frauenwerbeaufschusses. Danach wird ein geschäftsführender Vorstand von drei Mitgliedern, gebildet, der mit dem Sekretär und den jeweiligen Vorsitzenden der Bezirks-Frauenwerbeaufschüsse den Landesauschuss bildet.

Die Vorstandswahl ergab auf Grund von Zettelwahlen die Bestimmung der Genossinnen Blase, Rehl und Wehner als geschäftsführender Vorstand. Die Bestimmung, wonach ein Mitglied des Vorstandes gleich dem Landespartei-Vorstand angehört, soll später geändert werden. Nachdem die Konferenz bis dahin die Geschäfte erledigt, die Gemüter sich um das Wohl und Wehe von Frauen und Parteifragen entzündet hatten, kam zu vorgeschrittener Zeit noch das Referat der Genossin Kirchmann-Roehl, Mitglied des preussischen Landtages, über die

„Internationale sozialistische Frauenbewegung“

Sie führte etwa aus:

Es gibt Grundforderungen der Frau, die international betrachtet werden müssen, das ist der Gedanke der Solidarität und die Friedensidee. Aber nicht nur in schönen Reden, wie vor dem Kriege, sondern wir müssen etwas dafür tun. Der höchste Sieg in der internationalen Friedensarbeit ist darin zu suchen, wenn jeder im eigenen Lande an der Jugend im Sinne des Friedens arbeitet. Aus den Enttäuschungen der Kriegszeit müssen wir wieder zum Glauben an die Kraft der internationalen Verständigung kommen. In diesem Sinne kann auch die Mannheimer Frauenkonferenz als eine Kundgebung für die Frauen-Internationale im Hinblick auf den Friedensgedanken auswirken. Genossin Rehl erinnerte an eine von Clara Zetkin auf einer früheren Frauentagung in Mannheim gefasste Resolution zum Frauenwahlrecht und zog Vergleiche mit dem damaligen Stand der Frauenbewegung und der heutigen Enttäuschung. Wir wären aber schlechte Sozialisten, wenn wir nicht glauben, daß die Kraft unserer Idee im Laufe eines kommenden Menschenalters die Frau so erlangen hat, wie wir es wünschen. Aber auch der Mann muß den Prozeß der Angleichung vollziehen, da kein Denken sich in der Zeit vor 1918 bewegt. Die Frauen müssen Pionierinnen werden im Willen zum sozialistischen Staat.

Als Mitglied der Arbeiter-Internationale müssen sich die Frauen der Sozialdemokratie dem Aktionsprogramm verbunden fühlen. Wir müßten der Internationale unter ganzem warmen Frauengefühl entgegenbringen. Für das Verabschiedungswort des Krieges fand die Referentin unübertreffliche Worte. Der Wahlkampf 1928 ist der beste Friedensausdruck des deutschen Volkes. In einer Wahl-Revue ließ die Referentin die verschiedenen Parteien aufmarschieren in ihrem Wert für die internationale Frauen- und Friedensarbeit. Sie kam zum Schluss, daß die Grenzen zwischen den Völkern fallen müssen. Die besondere Mission der Frau wird sein, zu arbeiten für die Erreichung des Friedens der Menschheit und der Solidarität aller Völker.

Das Referat, das mit unvergleichlicher Wärme des Herzens und Klarheit des Verstandes Frauenfragen mit Menschenfragen mit Menschheitsfragen gleichsetzte, hatte noch einmal alle Müdigkeit der Genossinnen hochgerichtet. Für den Augenblick zu handeln und für die Ewigkeit zu denken — das scheint nur der mit dem Verstand denkenden Frau möglich zu sein.

Man war am Ende. Unter dem Eindruck des Vortrages der Genossin Kirchmann-Roehl fielen langsam die Reden vor dem Bild. Grenzen, zwischen uns selbst aufgerichtet, rückten hinaus, die weite Landschaft des sozialistischen Ideals lag glänzend vor uns.

Gedenkt man dann noch des schönen Abends am Sonntag, wo die Kinderfreunde ihren Film Seelams vorgeführt, ihre Lieder gesungen, die schönen Stimmen des Arbeiter-Singekreises auf uns gewirkt — dann rundet sich der Gesamteindruck dieser Frauentagung zu einem gewaltigen Antriebe für die Arbeit, und zu einer Befestigung unserer Weltanschauung, die in dem Liebes der Kinderfreunde besten Ausdruck findet: „Uns bindet die Liebe, die Not — zu kämpfen für Freiheit und Brot“.

Karlsruher Polizeibericht

Schwerer Unfall. Auf der Straße Karlsruhe-Durlach wurde ein 45 Jahre alter Schreiner von einem Personentransportwagen angefahren und zu Boden geworfen. Er wurde in schwerverletztem Zustand nach dem städtischen Krankenhaus gebracht, wo ein Schädelbruch und ein Unterschenkelbruch festgestellt wurde.

Brandgefahr. Durch aus dem Ofen fallende Funken geriet gestern nachmittags in einer Wochenschule in der Altstadt Papier und Stroh in Brand. Da sich starker Rauch entwickelte, wurde die städtische Feuerwehr alarmiert, die das Feuer nach kurzer Tätigkeit löschen konnte.

Zusammenstoß. Eine Ettlinger- und Rottweilstraße stießen zwei Personentransportwagen durch Nichtbeachten des Vorfahrtsrechts zusammen. Personen kamen nicht zu Schaden, dagegen ist der Materialschaden bei beiden Fahrzeugen erheblich.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Über Nordwesteuropa ist aus Grönland neuer Kaltluftstoß erfolgt, mit dem hoher Druck sich bei England vorgeschoben hat. Von dort fließt jetzt die Kaltluft nach dem über Südeuropa liegenden Tiefdruckgebiet und verursacht bei uns kaltes regnerisches Wetter.

Vorausichtliche Witterung für Mittwoch, den 18. April: Fortdauer des kühlen und wolken Witters, weitere Regenfälle bei Luftaufbau aus Nordwesten.

Die letzten Lose. Am Mittwoch, den 18. April, findet im alten Karlsruher Markt in Mannheim die Ziehung der „Großen Lotterie der Naturfreunde und der A. J. Lotterie“ statt. Diese Lotterie ist zwar schon so bekannt und eingeführt, daß sich eigentlich jedes Wort darüber erübrigt. Trotzdem sei hiermit nochmals auf die Gewinnchancen hingewiesen. Bei einem Lospreis von 50 Pfa. kann man entweder eine kompl. Ganzjahres-einrichtung oder eine 7/8 W. Opel-Durac-Elmouline gewinnen. Außerdem gelangen zur Auspielung eine Dreihimmereinrichtung, ein Feuerlösch-Piano, ein fahrbereites Kanower-Motorrad, ein Rollstuhl, 20 Rollstühle, 20 Whoooparaten, 20 Sprechtaschinen, 600 Buchstabe von 300 M., 200 M., 150 M. usw. Insgesamt 6675 Gewinne im Werte von 80.000 M. Bietet dem Glück die Hand. Kauft Lose der Naturfreunde und der A. J. Lotterie bei den im deutschen Interat genannten Firmen.

Naturfreunde- und S.A.J.-Lotterie

Morgen Ziehung

Gewinnchancen günstig!

Beeile sich jeder, ein Los zu kaufen!

lieft bald kommt, dafür wird die Firma Aulenbacher und ihr Vorarbeiter Schwandhammer sorgen.

Deutscher Bauwerksbund — Bauwerkschaft Karlsruhe.

Gegen den Banken-Schiedspruch. Die Ortsgruppe Mannheim des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankangestellten wandte sich in einer Versammlung gegen die letzten Reichsarbeiterverhandlungen in Berlin. Der Schiedspruch sehe wohl eine Sprossente Gehaltserhöhung vor, doch sei dabei zu erwägen, daß in vielen Städten diese Erhöhung durch den Wegfall der Ortszuschläge ausfallen werde. In Mannheim würden sich die Bankangestellten um 2 Prozent schlechter stellen. In der Abstimmung erklärte man sich einstimmig für eine Ablehnung des Schiedspruches.

Wasserstand des Rheins

Schifferlinie 118, gest. 5; Rehl 240, gest. 2; Maxau 413, gest. 4; Mannheim 317, gest. 12 Zentimeter.



Knorr Erbswurst

und andere Suppen in Wurstform

Jede Sorte von uns hat ihren feinen, eigenen Geschmack. Davon sollten Sie sich noch heute überzeugen. Sie sparen bei uns Zeit, Geld, Arbeit und Kohlen und haben bei unserem großen Sorten-Verzeichnis eine sehr reiche Auswahl.

2340

telefonieren Sie an wenn Sie

WANZEN

samt Brut mit dem glänzend bewährten A.S.-Verfahren ganz unauffällig u. diskret und Garantie vertilgt haben wollen.

D. V. G. U.

Anton Springer

nur Ettlingerstr. 51. Aelteste, größte und leistungsfähigste Anstalt am Platze. 2895

Maifeier 1928

Theaterkarten- Vorverkauf

(Fidelio-Aufführung am 1. Mai)

1. Preise der Plätze:

- I. Rang und Parterre: Jeder Platz 1.80 RM.
- II. Rang und III. Rang:
 - a) Sitzplätze 1.20 RM.
 - b) Stehplätze 0.60 RM.
- IV. Rang:
 - a) Sitzplätze 0.60 RM.
 - b) Stehplätze 0.40 RM.

2. Ständige Vorverkaufsstellen:

Kaltschuhhandlung, Waldstraße
 Hagerungsgäßchen 23, Wendelsplatz
 Außerdem werden Karten abgegeben:
Freitag, den 20. April
 jeweils von 8-10 Uhr im „Friedrichshof“, Karlsruhe 3120
Tagelände: Gasthaus zur „Linde“
Näppert: Gasthaus „J. Säbinger Eichen“
Mühlheim: Gasthaus zum „Schwanen“
Mühlberg: Gasthaus zum „Hirschen“
Weiberfeld: Gasthaus zum „Weiberhof“

Modernes Speisezimmer
 Buffet mit Vitrinenaufsatz, Kredenz, groß, Ausziehtisch, 4 Stühle mit echtem Rindleder für ausnahmsweise nur **nur 725.- Mk.** abzugeben im **Möbelhaus M. Kahn** Waldstraße 22 neben Colosseum. Gegr. 1875.

Badisches Landestheater
 Dienstag, den 17. April
 A 23. Th.-Gem. 2. S.-Or.
Zuhrmann Henjchel
 von Hauptmann
 In Szene gesetzt von Ulrich von der Trenck.

Denkmal
 Frau Henjchel
 Dame
 Bertha
 Walther
 Siebenhaar
 Karlchen
 Hermelstr.
 Frau Hermelstr.
 Franziska
 Hauke
 Franz
 George
 Rabig
 Hildebrand
 Brunet
 Feuerwehr-
 männer
 Schulze
 Ziegler
 Gerlach
 Thiemer
 Brand
 Brüder
 Hennig
 Söbber
 Frau Söbber
 Frauenborfer
 Quaiyer
 Gemmede
 Göl
 Klocke
 Müller
 Wehner
 Schneider
 Scholt
 Weidner

COLOSSEUM

Heute abend 8 Uhr
 das intern. Varieté-Programm
Piletto
 der deutsche Rastelli
 die Hauptattraktion des Berliner Wintergartens
 3119
 d. unerreichte Meister-Jongleur
 Karl Bernhard Humorist
 6 Douglas Solenoidbrenn-Akrobaten
 und 6 weitere Nummern

Öffentliche Versammlung

Der Generalsekretär Gerhart Eger (Mit- arbeiter des Nobelpreisträgers Prof. Cuijbe) spricht über das Thema:
Das Schicksal Badens im nächsten Kriege
 am Donnerstag, den 19. April, abends 8 Uhr, in Baden-Baden, im Sängersaal Kuria am Freitag, den 20. April, abends 8 Uhr, in Durlach, im Lammal
 am Donnerstag, den 26. April, abends 8 Uhr, in Gellingen, im Gasthaus zum Erbringen
 Diskussion! Eintritt frei!
 Deutsche Friedensgesellschaft
 Badischer Landesverband

Arbeiter, Angestellte u. Beamte

ollen sich nach den Beschlüssen des Gewerkschafts-Kongresses der Gewerkschaftstage, des Allgem. freien Angestelltenbundes und des Allgem. Deutschen Beamtenbundes nur bei- reichern bei dem eigenen Unter- nehmen der

Volksfürsorge

Gewerkschaftlich-Genossen- schaftliche Versicherungs- Anstalt erstellt beim Material verdienen kostenlos die Rechnungstellen Karlsruhe, Schützenstraße 16 in Rastatt, Franz Peter, Blumenstr. 1, Offenburg i. B., Wilhelmstraße 10, Max Schuler, Lahr, Friedens- heim 49 oder der Vorstand der Volksfürsorge in Hamburg 5, an der Mitter 58/59.

Nehmt Musikunterricht

bei der Musiklehrerschaft des Deutschen Musikerverbandes Lehreradressen er- hältlich in den Musikalienhandlungen.

Arbeits-Bekleidung
 für sämtliche Berufe auch für Lehrlinge in nur anerkannt erstklassigen Qualitäten offeriert preiswert
WEINTRAUB
 52 Kronenstrasse 52 / Telefon Nr. 3747

Gebräuchte Pianos
 tanschöne Instrumente neuzeitl. Ausstattung preiswert bei Teilzahlung.
MUSIKHAUS SCHLAILE
 PIANOLAGER KARLSRUHE KAISERSTR. 175 Tel. 330

Berloren!

Am Sonntag abend auf dem Wege Karl-Friedrich- Straße - Kriegsstraße, 225
 Besenbüchse ein **goldenes Armband** mit grünen Steinen (sog. Starabden). Der redliche Finder wird gebeten, seine Adresse bei der Geschäfts- stelle des Blattes anzugeb.

Günstige Gelegenheit!

1 schwarzer Frühjahrs- Paletot, sowie einige Anzüge sehr billig zu verkaufen.
 3117
Chemischt
 Seiffingstraße 23, 1. Etod.

Umzüge

bevorzugt am billigsten und besten
 2899
Müllinger Vorfr. 888
 Telef. 1700

Kauft diese Lose!

50 Große Wert-Lotterie 50

Naturfremde und A. J. Radens

veranschlagt am 18. April 1928
 ZIEHUNG AM 18. APRIL 1928
 IN MANNHEIM.
 Nennpreis 4.07 - 8.55 RPf
 LOTTERIESTEUER
 50 Pf

Ziehung 18. April
 6675 Gewinne i. W. v. RMk 50 000.-

Morgen 18. April Ziehung

Verkaufsstellen: Musikhaus Schlaile (Deon-Haus), Kaiserstr. 175; Warenhaus Geisw. Knopf, Kaiserstr. 147; Peter Eberhard, Auto-Haus, Amalienstr. 57; Otto Jost, Erbringerstr. 2; Bankgef. Carl Göb, Sebelstr. 11; Hermann Wehle, Zigarren-Haus und Filialen, Kaiserstr. 141; Volt-Ginn. Bernh. Goldsard, Kaiserstr. 181; Josef Hofmeister, Mühlburg, Lamestr. 49; Singer Nähmasch.- Aktien-Gesellschaft, Kaiserstr. 205; Singer Nähmasch.- Aktien-Gesellschaft Süd, Berderplatz 42; Zigarren-Haus Zöpfer und Filialen, Kriegsstr. 3 a; Photohaus Seittinger, Kaiserstr. 177; Zigarren-Haus Kayler, Durlach, Hauptstr. 40; Konf.-Geschäft Geisw. Almenbinger, Kaiserstr. 114

Haut-Bleichkrem

Jetzt ist es Zeit, Sommerprossen, Leberflecke, gelbe Flecke im Gesicht und an den Händen zu beseitigen durch Bleichen mit **Klorokrem**, Tube 1 RM und **Kloroseife** à 50 Pf. Unschädlich und sehr schonend. Mit genauer An- weisung in allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

Die Ehe muß immerfort ein Ungeheuer bekämpfen, das alles verschlingt: die Gewohnheit. Balzac.

Die vollkommene Ehe

Eine Studie über ihre Physiologie und Technik von Dr. Th. H. van de Velde
 Ehemaliger Direktor der Frauenklinik in Haarlem
 340 Seiten Text, 5 Kurven, 8 z. T. farbige Tafeln. Ganzleinen RM. 14.-
 Aus dem Vorwort
 Ich zeige euch den Weg zur vollkommenen Ehe. - Hoch-Ehe heiße ich sie - Die Hoch-Zeit kennt ihr - Sie ist kurz, und bald versinkt ihr in die Tiefzeit, die ihr die Ehe werden - Dazu ver- helfe euch dies Buch
 Aus dem Inhalt
Allgemeine Geschlechtsphysiologie
 Ehe und Hochehe - Richtige Gattenwahl - Wunschgemäß Lösung der Kinderfrage - Harmonisches, blühendes Geschlechts- leben - Der Arzt als Berater - Der Gatte als Führer - Un- zulänglichkeit und Egoismus - Fortpflanzungstrieb - Ge- schlechtsbetätigungstrieb - Indifferenzierte Liebe - Geschlechts- gefühle und Reize - Seelische Eindrücke - Körperliche Reize - Wirkung der Körpergerüche - Parfümerie und Geschlechts- gefühle - Tastsinn
Aus der Geschlechtsphysiologie der erwachsenen Frau
 Äußere und innere weibliche Geschlechtsorgane, Eierstock- tätigkeit, Wellenbewegung der Lebenserscheinungen, Men- struation u. a.
Zur Anatomie und Physiologie der männlichen Ge- schlechtsorgane
Der Geschlechtsverkehr, seine Physiologie u. Technik
 Definition, Vorspiel und Liebesspiel - Physiologie und Technik der Vergattung u. a.
Körperliche und seelische Hygiene der Hoch-Ehe
 Defloration, Flitterwochen - Einfluß von Speisen und Getränken - Männliche und weibliche Leistungsfähigkeit - Periodische Schwankungen - Geschlechtsverkehr unter ungewöhnlichen Umständen (z. B. Schwangerschaft, Krankheit) - Pflege der Paarungsorgane - Seelische Gesundheitspflege des ehelichen Organismus - Der Geschlechtsverkehr als Ausdrucksmittel für die Seelen - Stellungnahme der verschiedenen Religionen u. a.
Die Weltbühne schreibt:
 Ein immenser, immer wieder Staunen erregender Schatz an Weisheit wird hier ausgebreitet. Wer nur eine Spur gesunden, menschlichen Empfindens hat, der fühlt, daß die bis in die letzten Hintergründe des Triebens vordringenden Untersuchungen von einem wunderbaren Pathos geadelt werden.
 Gerhard Holdheim
 Um diesem hervorragenden Buch die größte Verbreitung zu sichern, geben wir dasselbe bei einer Anzahlung von RM. 3.- und Vorlage eines Ausweises in Wochenraten von RM. 2.- ab.
Verlagsdruckerei Volksfreund
 Abteilung Buchhandlung
 Waldstraße 28
 Telefon 7020/21

Teppiche Luster-Divan- und ohne Anzahlung in 10 Monatsraten liefern Haag & Gläd, Frankfurt a. M. A. 7 Größtes Teppichverand- Haus Deutschlands Schreiben Sie sofort!

Gewerbeschule Karlsruhe.

Gewerbliche Fachschule, Wierstraße 29, Fernruf 603.
 Das Schuljahr 1928/29 beginnt Montag, den 23. April 1928.
 Gewerbeschulpflichtige sind die in der Stadt Karlsruhe beschäftigten männlichen und weiblichen gewerblichen Arbeiter (Gesellen, Gehilfen und Lehrlinge) bis zum vollendeten 18. Lebensjahr.
 Zur Einweisung in die Fachklassen und zur Entgegennahme des Stundenplanes haben zu- erst:
 am 23. April, vorm. 8 Uhr, die neuereintretenden Schüler, nachm. 14 Uhr die neuereintretenden Schülerinnen;
 am 24. April, vorm. 8 Uhr, die Schüler und nachm. 14 Uhr die Schülerinnen der zweiten Klassen;
 am 25. April, vorm. 8 Uhr, die Schüler und nachm. 14 Uhr die Schülerinnen der dritten und vierten Klassen.
 Das letzte Schulzeugnis und Schreibmate- rial ist mitzubringen.
 Persönliches Erscheinen ist not- wendig, auch wenn schriftliche oder mündliche Anmeldungen bereits erfolgt sein sollte.
 Nach § 36 der Verordnung des Badischen Staats- ministeriums vom 18. April 1925, die Einrichtung von Fachschulen betr., sind die Arbeitgeber ver- pflichtet, die in ihren Betrieben beschäftigten be- stimmten Alters- oder ausstretenden jungen Leute un- schuldiglichen Alter bei dem Leiter der Schule rechtzeitig an- und abzumelden, ihnen die zum Schulbesuch nötige freie Zeit zu gewähren und sie zum gereissten und regelmäßigen Besuch der Schule anzuhalten.
 Die An- und Abmeldung hat spätestens am vier- ten Tag nach dem Eintritt in das Dienstverhältnis bzw. nach dem Austritt aus demselben zu er- folgen.
 Probezeit oder Beginn der Lehre im Ge- schäft der Eltern entbindet nicht von der Anmelde- pflicht.
 Die Direktion.

Wenn man die Wahl hat, durch Reklame seine Einnahmen zu erhöhen und den Absatz zu steigern, sollte man keinen Tag länger mit der Insertion zögern!

St. Jakobs-Balsam

„Echter“ zu Mk. 3.- 887
 von Apoth. C. Trautmann, Basel. Hausmittel ersten Ranges für alle wunden Stellen, Krampfadern, offene Beine, Brand, Hautleiden, Flechten, Wolf, Frostbeulen. **Nachahmungen zurückweisen.** In den Apotheken zu haben.

Diwans

Chaiselongues
Matratzen, Röste
 nur aus d. Spez-Gesch.
 A. Kehrsdorf, str. 66
 n. d. Hilda-Apothek

Regenmäntel

Gummimäntel
Windjacken
Regenschirme
 billigst

Daniels

Konfektionshaus
 Wilhelmstraße 50
 1 Treppe
 Ratenkaufabkommen

Und heute abend 8 Uhr
Circus Kapitän **Schneider**
 Karlsruhe Alfred Meßplatz